

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Verbandstag in Dortmund.

In Dortmund, der größten und industriereichsten Stadt Westfalens, tagt unsere 7. ordentliche Generalversammlung. Zum ersten Male trat das Parlament der christlichen Metallarbeiter im Lande der roten Erde, dem Land von Wittekind und Teut zusammen. Das hat seinen guten Grund. Gerade in Westfalen konnte der christliche Metallarbeiterverband in den letzten zwei Jahren seine Position ganz erheblich stärken.

Eröffnet wurde die Generalversammlung mit einer imposanten Begrüßungsfeier im städtischen Reinoldshof. Die „Trombonia“ brachte folgendes Stimmungsbild:

„Aus allen bedeutenden Industriestädten Deutschlands speziell naturgemäß aus Rheinland und Westfalen, sind die christlichen Metallarbeiter, ergrante Veteranen der Arbeit, Männer in der Vollkraft ihres Lebens und junge Männer, die Hoffnung und die Zukunft der christlichen Metallarbeiterbewegung, herbeigezogen. Draußen auch am Abend eine Glutstube, drinnen im Reinoldshof ist sie noch um einige Grade gesteigert, weil ihr der Klüßende Lufthauch, der draußen die Temperatur einigermaßen erträglich machte, fehlt. Aber was verschlägt's! Wer den Saal betritt, staunt gleich über die gehobene Stimmung, die die Feier beherrscht. Ein Begrüßen, ein Händeschütteln, der Freund winkt dem Freunde zu, der Arbeitskollege dem Arbeitskollegen. Die Männer der harten Arbeit, begeistert und idealisiert für ihre christlich-nationale Arbeiterbewegung, sind hier zusammengelommen, um die Tage ernster Arbeit mit einer freudvollen Feier einzuleiten. Die Dortmund der christlichen Gewerkschaftler, zu hunderten erschienen, dokumentieren den Gästen durch ihr Erscheinen, daß auch in Dortmund die christlich-nationale Arbeiterbewegung ihren Boden hat, daß sie marschiert. Dazu gibt ein hüner Damenchor der Veranstaltung das festliche Gepräge. Kammermeister Ballerstein hatte seine Mannen auf dem Podium postiert; er hatte ein gutes, reichhaltiges Programm zusammengestellt und führte es tapfer durch. Nur hin und wieder machte er einem vorzüglichen Arbeitergesangverein Platz, der — eine sinnige Ovation an die Westfalen — das Westfalenslied in der Komposition von Haverkamp in den Saal schmetterte. Es ist die „Liedertafel“ der Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes, 75 Mann stark, unter Leitung des Kollegen Hengstbeck-Essen, ebenfalls ein Mann der Arbeit, der werktätlich bei Krupp in Essen der Fertigstellung der Kanonen seine Kräfte widmet und abends dann seinen Kollegen Unterricht in deutschen Männergesang erteilt — wahrlich ein hohes Maß von Idealismus bei Dirigent und Sängern. Und daß diese Sänger über ein prächtiges Material verfügen, daß sie die Schulung eines begabten und feinsinnigen Dirigenten genießen, bewiesen die zahlreichen Darbietungen des Chors.“

Den Reigen der Reden eröffnete Kollege Kreil-Dortmund mit folgender Ansprache:

„Hochansehnliche Festversammlung! Sehr verehrte Gäste! Werte Kollegen! Im Namen der Ortsverwaltung Dortmund des christlichen Metallarbeiterverbandes ward mir die Ehre zuteil, Sie in der heutigen Festversammlung willkommen zu heißen. Der Anlaß der heutigen Veranstaltung bildet die in diesen Tagen in Dortmund stattfindende Generalversammlung. Sie soll den Delegierten gegenüber, die heute aus allen Ecken Deutschlands hierher geeilt sind, Zeugnis ablegen, daß auch hier unsere Organisation tiefe Wurzeln gefaßt hat, und sich auch hier eine große Anzahl christlicher Arbeiter vereinigt haben, die bereit sind, für die weitere Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes zu streben. Diefelbe soll fernerhin Zeugnis ablegen, daß wir die Auszeichnung, die diesmalige Generalversammlung in unseren Mauern beherbergen zu können, zu schätzen wissen. Ich begrüße nun zunächst die Delegierten, welche heute aus Ost und West und Süd herbeigezogen sind, um mit erstem Willen die Interessen ihrer Berufs-kollegen zu beraten.“

Ich begrüße in erster Linie den Vertreter der Stadt Dortmund, Herren Bürgermeister Dr. Köttgen. Ich begrüße die Vertreter der hochw. Geistlichkeit, Herrn Dr. Feldmann-Hörde und Herrn Dr. Sonnenschein-M. Glabbach. Ich begrüße ferner die Parlamentarier Gronowski und Bayer. Ich begrüße besonders warm auch den Zentralvorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, Deisterreichs Herrn Hummelbrunner. Ebenso habe ich die Ehre, eine Reihe Begrüßungs- und Entschuldigungsschreiben zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Der Herr Regierungspräsident von Arnsberg hat sich als unabweislich entschuldigt und mit seiner Vertretung für die geschäftlichen Beratungen Herrn Gewerberat Dr. Kattendiel beauftragt. Ich begrüße ferner alle übrigen Gäste. Insbesondere auch die Frauen, die zu der heutigen Feier sich eingefunden haben, um entgegen ionischen Geislichkeiten einige Stunden in festlicher Stimmung zu verbringen. Es ist das erstmal, daß unser Verbandstag auf westfälischem Boden tagt. Wir nehmen denselben hin als eine Anerkennung dafür, daß sich unsere Organisation im Laufe der letzten Jahre auf westfälischem Boden kräftig und machtvoll entwickelt hat, ent-

wickelt vor allen Dingen durch die ausopferungsfreudige und tatkräftige Mitarbeit unserer Kollegen. Nicht leicht war es uns, hier unserer Bewegung Eingang und Geltung zu verschaffen. Unsere auswärtigen Gänge befinden sich hier an der Stelle, an der sich vor wenigen Monaten unter der Arbeiterchaft im Bergbau ein gewaltiges Ringen vollzogen hat. Ich sage ausdrücklich, unter der Arbeiterchaft, denn der letzte Bergarbeiterstreik war weniger ein Kampf um wirtschaftliche Vorteile und eine Lohnerhöhung. Er hatte vielmehr den ausgesprochenen Zweck, die christliche Richtung unter der Bergarbeiterchaft niederzuzwingen, den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu zertrümmern und damit die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung zu treffen. Der Ausschlag mißlang, und die Trümmer der geschlagenen sozialdemokratischen Organisation bedeckten das Schlachtfeld. Die christlichen Arbeiter haben auch bei dieser Gelegenheit wiederum bewiesen, daß sie den Kampf mit dem Arbeitgeber nicht suchen, sondern sehr wohl bereit und auch in der Lage sind, freiboden Streiks entgegenzutreten. Andererseits dürfen wir aber auch erwarten, daß sowohl die Bürgerchaft im allgemeinen und die Arbeitgeberchaft im besonderen dem Streben der Arbeiter nach Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Besserstellung gerecht wird und Verständnis entgegenbringt. Das Volkswohl beruht nicht auf dem Reichtum Einzelner, sondern auf dem Wohlstand und der Zufriedenheit aller Berufsklassen. Bei dem hohen Prozentsatz den die deutsche Arbeiterchaft und ihre Angehörigen unter der deutschen Bevölkerung darstellt, kann es für den Staat und die Allgemeinheit nicht gleichgültig sein, wie sich die Lebenshaltung dieses großen Standes gestaltet. Ich darf dabei wohl an die Worte des jetzigen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg erinnern, der auf dem 2. deutschen Arbeiterkongress im Jahre 1907 in Berlin die Worte an den Kongress richtete:

„Ich kenne keine größere Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, als die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die gesellschaftliche Ordnung.“

Von demselben Bestreben ist, wie wir in der Lage waren bei verschiedenen Anlässen festzustellen, unseres Reichs Schirmherr, S. M. Kaiser Wilhelm II. beseelt. Hat doch auch die soziale Gesetzgebung ihre größte Förderung durch ihn selbst erfahren. Ich glaube deshalb unsere heutige Festversammlung nicht verlaufen lassen zu dürfen, ohne unseres Herrschers Gedacht zu haben und ohne aus neue ein Zeugnis abzugeben. Ich bitte Sie, verehrte Anwesende, daselbe dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß Sie mit mir einstimmen, in den Ruf: S. M. Kaiser Wilhelm lebe hoch, hoch, hoch!“

Brausend durchhallte der Ruf den dichtgefüllten Saal und und schand lang die große Versammlung die Kaiserhymne. Herr Hofkapellmeister Lang-Eberfeld sprach einen schwingvollen, nachdenklichen Prolog. Johanna Walz, die westfälische Dichterin in Arnsberg, hatte ihre Dichtkunst in den Dienst der Metallarbeiter gestellt.

Herr Bürgermeister Dr. Köttgen hielt folgende Ansprache:

„Meine sehr geehrten Herren! Sie hatten die Güte, die städtische Vertretung zu der heutigen Feier und zu Ihrer Generalversammlung einzuladen. Der Magistrat hat die Einladung gern angenommen und hat mich beauftragt, Sie am heutigen Abend hier in Dortmund herzlich willkommen zu heißen. Die Stadt Dortmund ist, wie Sie wissen, eine Industrie- und Arbeiterstadt. Es geht ihr wie dem Arbeiterlande auch; vor 100 Jahren noch waren sie beide klein und heute sind sie groß und stark geworden. Von 100 Jahren war Dortmund, die vormalige freie Reichsstadt, deren Handelsbeziehungen weithin über die Meere gingen, deren Kaufleute an den Küsten der Ostsee, an nordischen und englischen Handelsplätzen ein einflussreiches Wort mit zu sprechen hatten, zu einer kleinen Ackerstadt heruntergefallen, die sich nur schwer von den vielen Kriegslasten erholen konnte. In diesen Ackerstädten und im deutschen Lande überhaupt gab es nur Bürger und Bauern und keine oder fast gar keine Arbeiter, die ohne eigene Scholle bloß auf die Kraft ihrer Hände angewiesen waren. In den 100 Jahren seitdem ist nun mit dem mächtigen Anwachsen der Industrie der vierte neue Stand aufgewachsen, der Arbeiterstand, und der Herr Vorredner hat mit Recht auf die früheren Worte unseres Reichskanzlers hingewiesen, daß es die größte Aufgabe unserer Zeit sei, den Arbeiterstand und die Arbeiterbewegung einzuordnen in die bestehende Gesellschaft. Auch der Arbeiter will seinen Platz an der Sonne haben und es gilt, die Interessen der verschiedenen Stände in unserem Volke in gerechter Weise auszugleichen, und wie, meine Herren, kann solcher Ausgleich am besten erfolgen? Nicht darin kann ich den Worten des Reichskanzlers folgen: Auch in dem Kampfe aller gegen alle, des einen Standes gegen den andern, sondern darin, daß die Arbeiter zwar entschlossen, und nicht schwächlich, aber doch gemeinsam mit den anderen Gliedern unseres Volkes zusammen arbeiten an der Hebung ihres Standes, damit, wie bei dem Frankfurter Arbeiterkongress gesagt worden ist, unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die allein ihre glückliche Zukunft sichern können: Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit. In Ihrem Rechenschaftsbericht für die Jahre 1910 und 1911 ist hoch erfreulich zu lesen, wie fleißig Ihr Verband gewirkt ist, daß die Mitgliederzunahme im letzten Jahre allein 27 Prozent betragen hat, daß für Unterhaltungs-zwecke große Beträge durch die eigene Kraft der Mitglieder verfügbar gemacht worden sind, und daß 72 Prozent aller Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung beendet werden konnten. Meine Herren! Ich wünsche Ihnen, daß die diesjährige Tagung in Dortmund für Sie eine Quelle neuer Erfolge und reicher Anregung sein möge, daß Ihre Arbeit unermüdet auf dem Wege zum inneren Frieden vorantreibe und daß Sie hier,

im Herzen des gewerkschaftlichen Westfalenslandes auch große Stimmen verleben.“

Kollege Kreil begrüßte eine Reihe weiterer Gäste, u. a. Herrn Professor Dr. Eichhoff-Hamm, Reichs- und Landtagsabgeordneten Wiesberts-M. Glabbach, Generalsekretär Webers-M. Glabbach.

Der Vorsitzende des Bezirkskartells Dortmund, Kollege Süßes, begrüßte in dessen Namen die Generalversammlung und betonte das gute Verhältnis unter den christlichen Gewerkschaften Dortmunds. Er wünschte der Tagung reichsten Segen und der Dortmunder Ortsgruppe gute Fortschritte.

Reichs- und Landtagsabgeordneter Kollege Wiesberts überbrachte die Grüße des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und fügte seine persönlichen Grüße und Wünsche an. Er gehöre ja zu den Metallarbeitern und wolle in diesen Tagen mit ihnen arbeiten. Der Vorstand des Gesamtverbandes bringe den Generalversammlungen der einzelnen Berufe, die in diesem Jahre stattfinden, ein besonders reges Interesse entgegen. Die gegenwärtige Zeit sei für die christlichen Gewerkschaften eine kritische Zeit. Nicht als ob sie überhaupt niemals nicht eine kritische Zeit gehabt hätten. Die christlichen Gewerkschaften seien im Kampfe groß geworden und müßten sich auch fernerhin im Kampfe neues Terrain erobern. Wenn die christliche Gewerkschaft, einem offenen Gegner gegenüberstehe, könnte sie ihr Augenmerk auf seine Waffen wenden, ihm gegenüber die Taktik einrichten. Die christl. Gewerkschaften kämpften um die Verbesserung des Loses der Arbeiter. Schwerer aber sei der Kampf gegen einen Gegner, der seine Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalt abfeuert. Leute, die Zitate sammelten, und mit unaufrichtiger Mitteln einer an sich so gesunden Bewegung, wie die christlichen Gewerkschaften es seien, hinterhältig in den Rücken stießen, müsse man als Wegelagerer bezeichnen. Wir können heute konstatieren, daß diese Angriffe aus dem Hinterhalte abgeschlagen sind in einer Weise und mit solchem Erfolg, wie wir es nicht zu hoffen gewagt haben. (Sturm. Zustimmung.) Ich stelle die Behauptung auf, daß die Zurückweisung der hinterhältigen Angriffe auf kath. Seite — Sie wissen ja, worauf ich anspiele — in einer Weise und mit einer Energie erfolgt ist, wie nie zuvor. Die Leute, die den christlichen Gewerkschaften die Gemeinnütze bereitet hätten, seien die Väter aller Hindernisse von jeher gewesen und ohne sie stände die christliche Gewerkschaftsbewegung heute noch ganz anders da. (Sehr richtig.) Jetzt galle es, auch in diesen Tagen der Generalversammlung der Metallarbeiter dem ganzen Deutschland zu zeigen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften wie immer so auch in dieser Stunde einig seien in der Taktik bei der Verfolgung der Ziele der Gewerkschaften; jetzt galle es bei den Mitgliedern, erhöhte Festigkeit und Prinzipientreue zu zeigen; jetzt galle es, überall neue Mitglieder, neue Mittkämpfer zu gewinnen, alle christlich-nationalen Arbeiter zu sammeln und sie zu wappnen für den Kampf gegen den Feind des Volkes und des Vaterlandes. Von der Dortmund Tagung solle der Vorstand des Gesamtverbandes sagen können, daß sie eine gute, eine vorbildliche Tagung gewesen.

Herr Dr. Sonnenschein-M. Glabbach überbrachte Grüße christlich-deutscher Universitätsstudenten, die dem deutschen handarbeitenden Volke reges Interesse entgegenbringen. Das Volk verlange das Herz, das Mitleben und Mitjübeln des deutschen Studenten. Seine Seele erwache und beginne der christlich-nationalen Arbeiterchaft näher zu kommen.

Herr General-Sekretär Webers-M. Glabbach überbringt die besten Wünsche namens des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, der mit den Gewerkschaften treue Waffenbrüderschaft halte. Er sprach die frohe Zuversicht aus, daß die Arbeitervereine sich durch die letzten Ereignisse nicht irritieren lassen möchten und vor wie nach zu den christlichen Gewerkschaften hielten.

Herr Professor Eichhoff-Hamm wies unter großem Beifall der Versammlung auf die eminente Wichtigkeit des Christentums und des christlichen Gedankens für eine friedliche und befriedigende Lösung der gesellschaftlichen Krise hin. Als vor hundert Jahren das deutsche Vaterland besiegt vom Korjen am Boden lag, da sagten sich einsichtige Männer, das kommt nicht von ungefähr, man hat dem ungläubigen Geist, der aus Westen kam, die Lore unseres Vaterlandes geöffnet. Man wurde wieder groß und stark, als man sich des tiefen Glaubens der Vorbordern an Christus erinnerte und sich innerlich wieder zu ihm bekannte. Es stehe gut um jede Verbindung, die als Motto das eine Wort „Christentum“ im Wappens-fähre.

Kollege Hummelbrunner-Wien begrüßte namens der österreichischen Kollegen die Festversammlung und führt aus, daß der christliche Metallarbeiterverband es gewesen wäre, der ein großes Solidaritätsgefühl bewiesen habe, indem er dem österreichischen Bruderverband in vielen schwierigen Lagen treu zur Seite gestanden und geholfen habe.

Mit stürmischen Hochrufen begrüßt ergriff der Verbandsvorsitzender Kollege Wieser das Wort. Er dankte allen Erschienenen, Ehrengästen, insbesondere den Vertretern der Behörden und der Geistlichkeit. Er danke allen, die so wacker mitgearbeitet hätten, um dieses Fest so glanzvoll zu gestalten. Er kennzeichnet in knappen, markigen Zügen die bewegte Zeit der letzten Wochen. Von allen Seiten würden die christlichen Gewerkschaften bedrängt, von Scharmachern, Sozialdemokraten und Berlinern. Sie mühten sich ihren Weg durch die Extreme bahnen. Exzesse seien stets das Zeichen einer Krankheit am inneren Organismus. Aber der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften beweiße zu deutlich, daß wir uns auf der goldenen Mittelstraße bewegten. Die Sozialdemokratie bekämpfe die christlichen Gewerkschaften am heftigsten, weil sie in ihnen ihren gefährlichsten Gegner erblicke. Es tröstete sich so manche Leute im deutschen Vaterlande: wir haben ein gewaltiges Heer, ein vorbildliches Staatsgefüge und eine kraftorganisierte Polizei-

Wir brauchen die Sozialdemokraten nicht zu fürchten. Gewiß haben wir das; die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt. Sie weiß, daß sie unser deutsches Vaterland durch Revolution nicht aus den Angeln heben kann. Wo sich die Kämpfe abspielen werden, das ist das wirtschaftliche Gebiet. Man kann niemand zwingen, daß er an den Hochofen geht oder ins Bergwerk steigt. Es ist der Generalstreik, mit dem die Sozialdemokraten ihr Ziel erreichen wollen, und dessen Durchführung auf lange Zeit ein Land wirtschaftlich lahm legen muß. Gegen diese Bestrebungen gibt es nur einen Schutzwall; das sind die christlichen Gewerkschaften; keine gelben Vereine und keine Berliner Fachabteilungen sind imstande, diesem gefährlichen Feind erfolgreich Widerstand zu leisten. Kollege Wieber schloß seine Ausführungen mit einem begeisterten ausgenommenen Dank auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung und den christlichen Metallarbeiterverband.

**I. Verhandlungsstag.**

Am Montag den 16. Juli pünktlich um 9 Uhr morgens eröffnete Kollege Wieber im eigentlichen Tagungslokal im evangelischen Bürgerhaus, die Generalversammlung. Von Parlamentariern waren anwesend die Abgeordneten Giesberts, Gronowski und Imbusch. Ferner waren anwesend Herr Pfarrer Niemeyer-Eichlinghofen, sowie Herr Generalsekretär Martin als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine. Kollege Wieber wies hin auf die historische und wirtschaftliche Bedeutung des Tagungsortes und der Provinz Westfalen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die den Westfalen besonders nachgerühmten Charaktereigenschaften der Rührigkeit und Ausdauer auch bei der gesamten christlichen Metallarbeiterschaft anzutreffen sein möchten. Für die Delegierten gelte es, zu prüfen, ob das alte Nützzeug im wirtschaftlichen Kampfe noch genüge, oder ob es ergänzt oder durch neues ersetzt werden müsse.

Darauf konstituierte sich der Verbandstag. Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Kollegen Wieber und Klost; in die Wahlprüfungskommission die Kollegen Scherer-Offenbach, Sorg-Böhrenbach, Hartmann-Hamburg, Blum-Köln und Baumjohann-Dortmund. Schriftführer wurden die Kollegen: Alt-München, Duggen-Mensburg, Sinnes-Essen und Kieseheuer-Neheim. Zu Bistensführern wurden gewählt die Kollegen: Ott-Wasseraffingen und Dreher-Saarbrücken.

In die Statutenberaterungskommission wurden folgende Kollegen entsandt: Alt-München, Gier-Würfelen, Klieber-Essen, Sinnes-Essen, von der Wipfel-Düsseldorf, Sarmacht-Chemnitz, Ott-Wasseraffingen, Köhler-Hagen, Baumjohann-Dortmund, Blum-Köln, Bäumer-Delbe, Sorg-Böhrenbach, Winter-Berlin, Dohler-Bremen, Capora-Kattowitz und Schmitz-Solingen.

Nachdem sich die Generalversammlung konstituiert hatte, verlas Kollege Wieber eine große Anzahl eingelaufener Entschuldigungs- und Begrüßungsschreiben und Telegramme und widmete dem Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine Herrn Pfarrer Niemeyer-Eichlinghofen und dem Herrn Generalsekretär Martin-Witten, vom gleichen Verbands warme Worte der Begrüßung. Herr Pfarrer Niemeyer ergriff sodann das Wort, um zunächst im Auftrage des Herrn Pfarrer D. Weber die besten Wünsche des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands zu der gegenwärtigen Tagung zu übermitteln und schloß daran die Glückwünsche des von ihm vertretenen Verbandes.

Er wies in seiner Ansprache hin auf die zwischen den christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen bestehende Waffenrunderkunft, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung begründet sei. Auf allen Gebieten habe die christlich-nationale Arbeiterbewegung große Erfolge aufzuweisen, er wolle nur auf die Reichsversicherungsordnung hinweisen, bei der Vertreter christlich-nationaler Arbeiter hervorragend mitgearbeitet hätten. Den Gegnern, denen die christlich-nationale Arbeiterbewegung unbehaglich sei, müsse man fest und entschieden entgegenzutreten und wenn beim Einschlagen Funken fliegen, dann rasch die christliche Arbeiterbewegung ihren Gegnern zu: Haltet euch vor unserem Feuer. Pastor Niemeyer berührte dann auch den Berliner Streit und erklärte, er habe die Ueberzeugung, daß die christlichen Gewerkschaften gegenüber den Berlinern ihre feste Haltung nicht aufgeben würden, und er jage es nicht nur im Interesse der evangelischen Arbeitervereine, sondern auch zur Wahrung des konfessionellen Friedens und im Interesse der nationalen Arbeiterbewegung, es ist notwendig, daß die christlichen Gewerkschaften bleiben, was sie bisher gewesen sind.

Kollege Klost-Essen dankte dem Redner und betonte, daß die christlichen Gewerkschaften in der Verfolgung der gemeinsamen Ziele sich eins wüßten mit den konfessionellen Arbeitervereinen. Sie würden auf dem einmal beschrittenen und als richtig erkannten Wege weitergehen, unbeirrt aller Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Darauf erstattete der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber den Geschäftsbericht für den Zeitraum vom 1. Januar 1910 bis zum 1. Januar 1912, auf den wir in der nächsten Nummer zurückkommen werden.

**Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.**

**Mitgliederverhältnisse.**

Der Jahresbericht für 1910 konnte bereits auf die ersten Fortschritte hinweisen, welche die ersten fünf Monate des Jahres 1911 in der Mitgliederbewegung gebracht. Die wirtschaftliche Organisation hatten die christlichen Gewerkschaften auf das Angehen der Wirtschaftskontunktur im Jahre 1910 abwärts reagiert, was in dem Steigen der Mitgliederzahlen in den verschiedensten Verbänden zum Ausdruck kam. In der zweiten Jahreshälfte von 1911 hat sich die Mitgliederzunahme gegenüber dem ersten Halbjahr sehr verlangsamt. Das 3. Quartal des Jahres ist ein Jahrungsgegenstand der gewerkschaftlichen Agitation nur wenig förderlich; in dem Sommermonaten erlahmt in etwa das Interesse an den Versammlungen, wie in ihnen überhaupt das gewerkschaftliche Leben ruhiger pulsiert. Im letzten Viertel des Jahres 1911 an aber beherrschten die Vorbereitungen für die Reichstagswahl das ganze öffentliche Leben Deutschlands und ließen das gewerkschaftliche Organisationswesen etwas in den Hintergrund treten.

Organisation	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Stimmenverhältnisse		Stimmenzahl
	1910	1911	Stimmen	Stimmen	
Bergarbeiter	82 028	83 588	1 271 863	1 271 863	2 045 086
Textilarbeiter	34 755	42 397	729 749	729 749	580 480
Metallarbeiter	23 627	41 253	1 113 769	1 113 769	1 058 080
Bauarbeiter	37 048	39 955	502 592	502 592	624 963
Bayerische Eisenbahner	27 369	26 784	316 363	316 363	878 765
Deutsche Eisenbahnhandw. u. Arb.	16 066	26 194	60 724	60 724	18 045
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arb.	13 433	15 746	16 267	16 267	18 045
Holzarbeiter	12 400	15 462	300 956	300 956	32 641
Tabakarbeiter	6 801	7 969	253 636	253 636	467 174
Chemiearbeiterinnen	6 191	6 969	7 969	7 969	14 272
Keramikerinnen	6 042	6 603	32 955	32 955	31 588
Sechserarbeiter	4 608	5 864	106 007	106 007	36 188
Schneider	3 816	4 283	120 710	120 710	60 242
Telegraphenarbeiter	3 110	3 829	71 026	71 026	28 725
Württembergische Eisenbahner	2 217	3 264	49 150	49 150	5 946
Güterbergbau	3 018	3 423	13 815	13 815	3 727
Nähr- u. Gemüsmittelindustriearb.	1 742	2 660	96 287	96 287	453 188
Kellner	1 634	2 209	33 047	33 047	9 044
Graphischer Zentralverband	1 485	1 925	38 667	38 667	4 764
Krankenspieler	1 187	1 454	34 494	34 494	19 048
Westenburgerische Eisenbahner	770	824	14 979	14 979	2 763
Gärtner	340 975	350 574	5 243 642	5 243 642	6 641
<b>Gesamt</b>	<b>295 129</b>	<b>340 975</b>	<b>5 243 642</b>	<b>5 243 642</b>	<b>6 620 880</b>

Für den Durchschnitt des Jahres 1911 festgestellt betrug die Zahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 340 957 gegenüber 295 129 im Jahresdurchschnitt 1910, was eine Steigerung um 45 828 = 15,53% entspricht.

Am Jahreschlusse 1911, gemessen am Stande des Jahreschlusses 1910, stellte sich der Zuwachs auf 34 459, indem sich die Gesamtzahl der Mitglieder von 316 115 auf 350 574 erhöht hatte. Hier ist die Verhältniszahl aus dem mitgeteilten Urkunden, etwas geringer: sie beträgt 10,9%.

Betrachtet man die Entwicklung im Zusammenhang mit der letzten Konjunkturperiode, die nicht einmal eine eigentliche umfassende Hochkonjunktur darstellte, so tritt die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftslage und Mitgliederverhältnissen erst recht klar hervor. Von 1908, dem Zeitpunkt des wirtschaftlichen Tiefstandes, an stieg die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften von 260 767 auf 280 061 im 1909, 316 115 im 1910 (Zwischenjahr) und 350 574 im Jahresdurchschnitt 1911.

Die Gesamtzunahme der Mitgliederzahl, nach den Jahresdurchschnitten berechnet, verteilt sich auf die einzelnen Verbände in folgender Weise: Metallarbeiterverband 126 268, Textilarbeiterverband 7642, Deutsche Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter 6 128, Bauarbeiter 5 907, Holzarbeiter 3 753, Staats- und Gemeindearbeiter 2 313, Bergarbeiter 1 565, Tabakarbeiter 1 056, Württembergische Eisenbahner 1 047, Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter 918, Keramarbeiterinnen 808, Lederarbeiter 775, Kellner 575, Keramarbeiter 561, Schneider 507, Maler 414, Telegraphenarbeiter 219, Graphischer Zentralverband 140, Krankenspieler 76, Guttenberg-Bund 52, Gärtner 31.

Besonders erheblich ist das starke, beinahe 25% betragende Anwachsen der weiblichen Mitgliederzahl. Die im Jahre 1911 erreichte Ziffer ist die höchste, die bisher zu verzeichnen war. Das Anwachsen derselben ist namentlich zurückzuführen auf die systematische Agitation, die sich der Textilarbeiterverband angeeignet hat, indem er für die weiblichen Mitglieder eine eigene Beamtin freistellte.

Hätten die christlichen Gewerkschaften nicht buchstäblich eine Welt von Gegnern gegen sich, deren Ansturm im laufenden Jahre alles bisher Dagewesene überstieg, so würde uns die unablässige agitatorische Kräfteentfaltung beim vierten Hunderttausend ohne Zweifel nahegebracht haben. Die Art und Weise, wie die christlichen Gewerkschaften diesen Ansturm abgewehrt, dürfte nachgerade aber auch dem verstocktesten ihrer Gegner plausibel gemacht haben, daß sie ihren Weg doch machen werden.

**Kassenverhältnisse.**

Die Entwicklung der Kassenverhältnisse hat auch im Berichtsjahre gehalten, was sie nach ihrem bisherigen Gang erwarten ließ: sie vollzog sich in solider, entschiedener Aufwärtsbewegung. Die Einnahmen erhöhten sich von 5 490 991 M. im 1910 auf 6 243 642 M. in 1911, die Ausgaben von 4 916 270 M. auf 5 299 781 M. und der Vermögensbestand von 6 113 710 auf 7 082 942 M. Das belegt also, daß, während der Vermögensbestand fast um eine volle Million anwuchs und die Einnahmehöhe um mehr als 1/4 Million Mark, die Steigerung der Ausgaben unter vierhunderttausend M. gehalten werden konnte. Diese Entwicklung wird auch der vorsichtigste Ueberschafer als eine durchaus gesunde gelten lassen müssen. Tabelle II zeigt die einzelnen Posten. Danach ergibt sich, im Vergleich mit dem Berichtsjahre folgende Gegenüberstellung:

Einnahmen:	1910	1911
	M.	M.
Beiträge	4 749 641	5 629 651
Extrabeiträge	273 916	49 724
Sonstige Einnahmen	421 014	511 711
<b>Gesamt</b>	<b>5 444 571</b>	<b>6 243 642</b>
Ausgaben:	1910	1911
	M.	M.
Verbandsorgan	420 039	496 752
Agitation	588 596	652 564
Streiks- und Gemäßigkeitsunterstützung	1 239 500	1 198 598
Krankengeld	168 461	185 271
Streik- und Arbeitslosenunterstützung	634 469	704 319
Strebegeld	205 013	211 439
Rechtschutz	114 756	104 633
Sonstige Unterstüzung	31 576	37 685
Gehälter	137 006	155 119
Verwaltungsausgaben	204 145	237 755
<b>Gesamt</b>	<b>5 299 781</b>	<b>6 243 642</b>

	1910	1911
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	146 908	62 589
Beitrag an den Gesamtverband	48 533	78 379
Anteil der Sozialkassen	818 075	971 248
Sonstige Ausgaben	159 193	202 460

Was bei der Einnahme wiederum besonders auffällig ist die starke Steigerung der regelmäßigen Beiträge, die eine Höhe von nicht weniger als 880 010 M. erreichte. Die Verminderung in der Summe der Extrabeiträge hängt in der Hauptsache damit zusammen, daß 1910 die Bauarbeiter, anlässlich ihrer damaligen großen Bewegung, unter dieser Rubrik allein 215 265 M. vereinnahmt hatten, während im Berichtsjahre nur die Metallarbeiter und die Tabakarbeiter größere Posten (18 500 bzw. 15 342 M.) auf diesem Konto verbuchten.

Auf der Seite der Ausgaben zieht die Summe der Streiks- und Gemäßigkeitsunterstützung die Aufmerksamkeit auf sich. Die Gesamtsumme blieb hier kaum wesentlich hinter der des Vorjahres, wo sie auf einer vorher überhaupt nicht erreichten Höhe stand, zurück. Die beträchtlichen Anteile stellen hier die Metallarbeiter mit fast 300 000, Textil- und Tabakarbeiter mit je fast 250 000, die Bergarbeiter mit rund 170 000 und die Holzarbeiter mit nahezu 100 000 M. Großindustrie, Mittelindustrie und Handwerk: sie alle weisen eine verhältnismäßig hohe Ausgabe für Streikzwecke auf, wodurch das von gewissen Interessenten geistlich genährte Gerücht, daß die christlichen Gewerkschaften „nicht mehr streiken dürften“, geradezu ab absurdo geführt wird. Die übrigen Posten und ihre Veränderungen finden in der natürlichen Entwicklung der Mitgliederzahl, sowie der Ausdehnung der Unterstützungsverpflichtungen ihre Erklärung. Das starke Anwachsen der Beiträge an den Gesamtverband ist in der 1911 in Kraft getretenen Erhöhung des Beitragssatzes begründet.

**Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände.**

Organisation	Einnahmen		Ausgaben		Saldo
	1910	1911	1910	1911	
Bergarbeiter	8 077	1 338 550	8 077	1 338 550	0
Textilarbeiter	2 721	698 893	2 721	698 893	0
Metallarbeiter	9 161	1 044 563	9 161	1 044 563	0
Bauarbeiter	12 846	892 574	12 846	892 574	0
Bayerische Eisenbahner	329	266 106	329	266 106	0
Deutsche Eisenbahnhandw. u. Arb.	4 246	55 667	4 246	55 667	0
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arb.	3 558	448 262	3 558	448 262	0
Holzarbeiter	1 113	122 619	1 113	122 619	0
Tabakarbeiter	996	24 078	996	24 078	0
Chemiearbeiterinnen	1 772	101 986	1 772	101 986	0
Keramikerinnen	1 142	114 796	1 142	114 796	0
Sechserarbeiter	1 236	77 957	1 236	77 957	0
Schneider	2 021	64 847	2 021	64 847	0
Maler	563	45 907	563	45 907	0
Telegraphenarbeiter	88	8 436	88	8 436	0
Württembergische Eisenbahner	647	32 059	647	32 059	0
Güterbergbau	484	28 169	484	28 169	0
Nähr- u. Gemüsmittelindustriearb.	269	32 617	269	32 617	0
Kellner	1 029	10 510	1 029	10 510	0
Graphischer Zentralverband	331	11 717	331	11 717	0
Krankenspieler	1 029	10 510	1 029	10 510	0
Westenburgerische Eisenbahner	331	11 717	331	11 717	0
Gärtner	331	11 717	331	11 717	0
<b>Gesamt</b>	<b>52 596</b>	<b>5 629 651</b>	<b>52 596</b>	<b>5 629 651</b>	<b>0</b>

Trotz ihres hohen Standes wird die Summe der Ausgaben für Streiks doch noch um fast 50 000 M. von derjenigen für die übrigen Unterstützungsarten übertraffen. Seit dem Jahre 1905, wo erstmals die Unterstützungsansgaben eine größere Bedeutung in den christlichen Gewerkschaften erlangten, haben sich die beiden vorstehend bezeichneten Ausgabenposten in folgender Weise entwickelt; es wurden verhältnismäßig an Unterstützungen...

Jahr	Insgesamt M.	Streiks- und Gewaltsregulierung M.	Sonstige Unterstüßungen M.
1906	1 233 321	1 000 320	233 001
1907	1 384 105	853 435	510 670
1908	1 451 748	743 270	708 478
1909	1 401 385	424 992	976 393
1910	1 703 473	489 023	1 214 450
1911	2 393 775	1 239 500	1 154 275
1912	2 442 945	1 199 598	1 243 347

Inbezug auf das Beitragswesen macht sich die vermehrte Rücksichtnahme auf die Jugendlichen bemerkbar. In einer ganzen Anzahl von Verbänden ist die Stufenfolge der Beiträge so ausgedehnt worden, daß der Wochenbeitrag, der in der Jugendklasse entrichtet wird, als die erste Staffel erscheint. Dieser Beitrag berechtigt dann zum Bezug eines Teiles der vorgegebenen Unterstüßungen; doch enthält das Statut durchweg Bestimmungen, die den Übergang in die nächst höhere Klasse erleichtern, wie auch Vorzüge gewährt sind, daß die in der Jugendklasse erfüllten Leistungen dem späteren Vollmitglied nicht verloren gehen. Insofern bereitet sich auch in Leistung und Gegenleistung eine organische Verbindung zwischen Gewerkschaft und Jugendlichen vor.

**Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.**

Bei einem Vergleich der unter diese Rubrik fallenden Vorgänge im Berichtsjahre und in den vorhergegangenen Jahren fällt vor allem Dingen auf, daß eine größere Anzahl von Verbänden Bewegungen durchzuführen hatte, wie je zuvor, wenn auch der Gesamtumfang dieser Bewegungen nicht übermäßig groß war. Dies beweist, daß sich die Gewerkschaften über den Charakter des Berichtsjahres als einer Periode anziehender Wirtschaftslage durchaus klar waren. Auch wirkte die Teuerung ein.

Am stärksten waren die Textilarbeiter engagiert und zwar zum meistaus überwiegenden Teil durch Aussperrungen. In dieser Industrie, die bereits seit mehreren Jahren unter einer internationalen Krise leidet, setzte erst gegen Ende des Jahres eine Besserung ein. „Wenn nicht alle Anzeichen trügen“, heißt es in einem Rückblick des Verbandsorgans, „werden wir denn auch im laufenden Jahre im Textilgewerbe stabilere Verhältnisse und eine gesunde Aufwärtsentwicklung zu erwarten haben. Die Folge davon ist, daß sich jetzt bereits mancherorts auch die christlich organisierten Textilarbeiter zu regen beginnen, um einen Ausgleich der durch die Krise und Teuerung geschaffenen Lücken im Haushaltsbudget anzustreben.“ Einflußreiche lag der Nachdruck auf der Abwehr, bei der indes die Arbeiter durchweg mit wenigstens teilweise Erfolg für ihre Bestrebungen abschritten.

Ganz anders in der Metallindustrie, wo entschieden der Angriffskarakter überwog. In einer Uebersicht über die Stätten, wo die Bewegungen ausgefochten wurden, sind fast alle industriell durchsetzten Gebiete des Reichs vertreten. Nicht zuletzt befindet sich auch ein starker Prozentsatz kleinerer Städte und ländlicher Ortschaften darunter, wo die Kämpfe zum Teil das Gepräge besonderer Hartnäckigkeit aufwiesen. „Der deutsche Metallarbeiter“ erklärt letzteres mit dem Hinweis darauf, daß in den betreffenden Betrieben vielfach zum ersten Male gekämpft wurde, und „die Arbeitgeber sahen denn auch meist das Bestreben der Arbeiterklasse nach einem Mitbestimmungsrecht als eine Zeit „persönliche Befähigung“ auf“. Außerdem zog namentlich der Kampf auf der Schiffsbauwerft in Danzig die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich. Dieser mit zäher Ausdauer seitens der christlichen Arbeiter durchgeführte Kampf mußte schließlich ergebnislos abgebrochen werden, weil die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine allzu viele Streikbrecher stellten. Die Grundlagren der christlichen Arbeiter ist hier wieder einmal unter den schwierigsten Umständen erprobt worden.

Von den Gewerben mit starker Tarifentwicklung war es vornehmlich das Holzgewerbe, in dem eine lebhafteste Beteiligung der christlichen Arbeiter an den Bemühungen zur Konsolidierung dieser Entwicklung festgestellt werden konnte. Der christliche Holzarbeiterverband hatte im Berichtsjahre die Höchstzahl seiner bisherigen Vertragsabschlüsse, nämlich 83, zu verzeichnen. Die weit überwiegende Mehrzahl der vom Verband unternommenen Bewegungen war von, zum Teil recht anscheinlichem, Erfolg begleitet. Im Malergerwerbe betrafen die Bewegungen in der Hauptsache die Ein- bzw. Durchführung des Reichstarifs. Eine Eigentümlichkeit des Malertarifs ist die Bekämpfung der Edmundskonturrenz, soweit sie sich auf Arbeitgeberseite äußert, notfalls durch Verhängung der Sperre über die betr. Firma durch die am Tarif beteiligten Arbeiterorganisationen; die Kosten solcher Sperren sind tarifgemäß den gesperrten Firmen als Buße aufzuerlegen. Mehrfach haben solche Firmen beim ordentlichen Gericht auf Schadenersatz geklagt — ohne Erfolg.

Belebt war das Berichtsjahr auch für den Lederarbeiterverband. Dieser bekam von zwei Seiten her die Monopolgefühle freier Gewerkschaften zu kosten. Bei einem größeren Kampf im Stuttgarter Schuhmachergewerbe bestand der freie Schuhmacherverband hartnäckig, trotz der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, auf dem Ausschluß des christlichen Verbandes von den Verhandlungen. Schließlich ging letzterer einen günstigen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern ein und ließ die freigeorganierten weiter kämpfen, bis diese nach sechs Wochen den Kampf resultatlos abbrachen. Der Sattler- und Portefeulherverband drückte bei der Tarifbewegung in der Offenbacher Lederindustrie den Ausschluß des christlichen Verbandes tatsächlich durch. Wenn auch der christliche Verband, den Vertrag selbst mit den Fabrikanten tätigen konnte, so liegt doch hier ein neuer Beweis dafür vor, wie dringend eine solche Regelung des tarifvertraglichen Einigungsweßens nützlich, die dasselbe der einseitigen Parteivillkür entzieht.

Bei dieser Sachlage und der allgemeinen Beurteilung der tariflichen Monopolbestrebungen versteht man das Bemühen der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteipresse, die Vorgänge im Regensburger Buchbindergerwerbe als Monopolbestrebungen eines christlichen Verbandes hinzustellen. In Regensburg lehnten es die Verleger und sonstigen Großbuchhändler, wie auch die Zünfte ab, mit dem sozialdemokratischen Buchbinderverband zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen, sie hielten sich ausschließlich an den christlichen graphischen Zentralverband. Der Buchbinderverband benutzte den Anlaß zu einer großen Aktion, um ein „christliches Monopol“ zu konstruieren, obwohl der christliche Verband daran gänzlich unbeteiligt war. Der Verbandsvorsitzende flüchtete sich selbst in die „bürgerliche Öffentlichkeit“ durch einen wehleidigen Artikel in der „Sozialen Praxis“; der Verband unterließ aber alles, um seine Anerkennung nachträglich durchzusetzen. Diese erfolgte erst in diesem Frühjahr auf die Initiative des christlichen Verbandes hin. In eine verhältnismäßig nicht unbeträchtliche Anzahl von Bewegungen wurde der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen verwickelt.

Tabelle III ermöglicht einen zahlenmäßigen Gesamtüberblick, von dem, im Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres, folgendes besondere Beachtung verdient: Die Gesamtzahl der Bewegungen nahm zu; die Bewegungen selbst aber umfaßten zwar im Durchschnitt eine verhältnismäßig nicht geringe Personenzahl, blieben aber insgesamt hinter dem Vorjahr ziemlich beträchtlich zurück. Den 951 Bewegungen von 1910 standen 1181 in 1911 gegenüber, die insgesamt 52 139 Personen umfaßten gegen 73 112 Betroffene in 1910, was einer Abnahme von fast 29% gleichkommt. Die Erklärung ergibt sich sofort, wenn die Beteiligungsziffer der Bauarbeiter in den beiden Jahren verglichen wird. Sie betrug in 1910 33 271, in 1911 dagegen nur 4785. Der Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen war mit 69% verhältnismäßig genau so groß wie im Vorjahre, hinsichtlich der an diesen friedlichen Bewegungen beteiligten Personenzahl dagegen blieb er mit 64% hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres (69%) etwas, wenn auch nicht wesentlich, zurück. Bedenkt man, daß die Zeitperiode im Reich des wirtschaftlichen Aufschwunges stand, so ist das Verhältnis gewiß kein ungünstiges; es bestätigt vielmehr die Tatsache, daß der Nachdruck bei dem friedlichen Ausgang der Lohnbewegungen liegt, wenn nicht die Arbeitgeber unter allen Umständen die schärfere Tonalität anschlagen wollen.

Wie im vorausgegangenen, so stehen auch im Berichtsjahre, der Zahl nach, die zum Austrag gelangten Bewegungen unter dem Gepräge des Angriffstreiks, was wiederum in den wirtschaftlichen Verhältnissen und der gesteigerten Aufmerksamkeit der Arbeiter begründet ist. Es ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

	Anzahl	1910	1911	Beteil. Personen	1910	1911
Angriffstreiks	182	247	4 756	8 619		
Abwehrtreiks	55	65	1 454	1 771		
Aussperrungen	53	54	16 156	8 100		

Das Schwergewicht liegt somit auch hinsichtlich der Beteiligungsziffer auf der Kategorie der Angriffstreiks. Hinsichtlich der Abwehrtreiks ist die Veränderung keine wesentliche. Mehr Beachtung verdient die Entwicklung der Aussperrungen. Summa wenn von der Beteiligungsziffer der Bauarbeiter abgesehen wird, die das Bild unverhältnismäßig stark beeinflusst. Unter Ausschließung der bei Bauarbeiter betreffenden Zahl hatten die christlichen Gewerkschaften an Aussperrungen beteiligt 1909 1672, 1910 2178, 1911 7343 Personen.

Eine starke Steigerung also, die ohne Zweifel auf das starke Anschwellen der Zahl der Angriffstreiks (1909: 112, 1910: 182, 1911: 247) mit zurückzuführen ist. Neben den Textilarbeitern hatten sich diesmal namentlich die Tabakarbeiter der Aussperrungen zu erwehren. Das Berichtsjahr sah die Aussperrung der Tabakarbeiter am Niederrhein, der dann fast unmittelbar eine Aussperrung in der weßfälischen Tabakindustrie folgte, die sich in das neue Jahr hineinzog. Die beiden Bewegungen werden daher zweckmäßig im nächsten Bericht im Zusammenhang besprochen.

Mit der Art der Bewegungen stehen deren Ursachen in einem unverkennbaren Zusammenhang. Das ergibt sich aus nachstehendem Vergleich der Ursachen (Tabelle IV) in Ergänzung der oben gebrachten Gegenüberstellung: Die Ursachen der Streiks und Aussperrungen waren

	Anzahl der Fälle	1910	1911
Forderungen höheren Lohnes	117	109	
Forderungen verkürzter Arbeitszeit	3	8	
Eine Verbindung dieser beiden Forderungen	89	109	
Abwehr von Verschlechterungen	54	49	
Sonstige Ursachen	27	95	

Tabelle III. Zahl der Bewegungen und Streiks und der an denselben beteiligten Personen.

Organisation	Bewegungen		Streiks und Aussperrungen						Bewegungen u. Streiks wurden geführt		Anzahl der Streikbrecher	
	Anzahl	Beteiligte Personen	Angriffstreiks		Abwehrtreiks		Aussperrung		Anzahl	Beteiligte Personen		
			Anzahl	Beteiligte Personen	Anzahl	Beteiligte Personen	Anzahl	Beteiligte Personen				
Bergarbeiter	6	800	3	530	1	85	—	—	615	2	4	3
Textilarbeiter	170	13 046	13	817	13	197	15	3 869	4 883	52	118	44
Metallarbeiter	374	10 944	69	1 943	24	554	10	3 358	2 855	98	276	41
Bauarbeiter	131	4 785	60	1 569	9	443	6 <sup>1)</sup>	757 <sup>1)</sup>	2 759	65	66	26
Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter	87	4 774	15	375	4	221	7	105	701	46	41	51
Holzarbeiter	149	4 674	42	1 146	10	204	8	190	1 540	31	118	36
Tabakarbeiter	56	4 166	3	86	—	—	5	2 710	2 796	31	25	39
Heimarbeiterinnen	5	636	1	500	—	—	—	—	500	3	2	3
Keramarbeiter	47	2 198	7	544	1	13	1	70	827	30	17	39
Lederarbeiter	55	2 055	11	351	—	—	1	37	388	20	35	29
Schneider	42	1 761	5	423	—	—	—	—	423	7	35	12
Maler	17	394	8	142	1	30	1	4	176	7	10	9
Gutenberg-Bund	4 <sup>2)</sup>	24	4	24	—	—	—	—	24	2	2	2
Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter	16	1 059	2	79	1	30	—	—	109	10	6	13
Kellner	5	35	—	—	—	—	—	—	—	1	4	3
Graphischer Zentralverband	14	699	2	36	1	4	—	—	40	10	4	11
Gärtner	4	89	2	54	—	—	—	—	54	—	3	—
<b>Gesamt</b>	<b>1 181</b>	<b>52 139</b>	<b>247</b>	<b>8 619</b>	<b>65</b>	<b>1 771</b>	<b>54</b>	<b>8 100</b>	<b>13 490</b>	<b>415</b>	<b>766</b>	<b>361</b>

1) In drei Fällen mit 688 beteiligten Personen hatten sich Angriffstreiks zu Aussperrungen entwickelt. 2) Außer der allgemeinen Tarifrevision.

Tabelle IV. Ursachen der Streiks und Aussperrungen und Ausgang derselben.

Organisation	Ursachen						Ausgang						Tarifverträge abgeschlossen	Der Verband ist an beteiligt
	Forderungen	Abwehr	Sonstige	Angriffstreiks	Abwehrtreiks	Aussperrungen	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos		
Bergarbeiter	1	—	2	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—
Textilarbeiter	10	1	1	8	21	3	8	2	6	3	4	—	15	—
Metallarbeiter	27	2	36	12	26	27	27	15	9	11	4	8	2	34
Bauarbeiter	22	—	15	9	29	29	27	4	8	—	1	1	5	—
Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter	11	5	5	2	3	3	9	3	3	2	1	—	4	3
Holzarbeiter	6	—	36	11	7	36	3	3	3	5	2	1	4	3
Tabakarbeiter	4	—	—	1	3	—	2	1	—	—	—	—	1	—
Heimarbeiterinnen	4	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
Keramarbeiter	7	—	1	1	—	—	3	1	—	1	—	—	1	—
Lederarbeiter	7	—	4	1	—	—	8	2	1	—	—	—	1	—
Schneider	5	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—
Maler	5	—	3	1	—	—	6	1	1	1	—	—	1	—
Gutenberg-Bund	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter	—	—	2	—	1	1 <sup>1)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—
Kellner	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Graphischer Zentralverband	—	—	2	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Gärtner	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>	<b>8</b>	<b>109</b>	<b>49</b>	<b>95</b>	<b>116</b>	<b>92</b>	<b>38</b>	<b>28</b>	<b>23</b>	<b>13</b>	<b>4</b>	<b>40</b>	<b>10</b>

1) Anerkennung beim Durchführen des Tarifs. 2) Die Mitglieder haben Anspruch auf die tarifliche Güte des allgemeinen Deutschen Buchdruckerarifs. 3) Einer war am Jahreschluss noch unentschieden.

**Tabelle V.**

Berufe	Es wurden erstellt		
	Jahr Mittl.	Lohnerhöhung pro Woche	Arbeitslosig- keit p. Woche
Textilarbeiter	8 082	1,00—3,00 M.	898
Metallarbeiter	8 063	0,60—9,00 "	2 032
Bauarbeiter	8 868	0,60—6,00 "	964
Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter	4 340	1,80—3,00 "	916
Doljarbeiter	4 186	0,90—4,80 "	2 813
Tabakarbeiter	977	0,20—2,75 "	38
Keramiker	3 157	0,50—6,00 "	—
Lebendarbeiter	1 774	1,00—5,00 "	690
Schneider	1 585	1,00—2,30 "	—
Maler	350	0,50—3,50 "	07
Nahrungs- und Genuss- mittelindustriearbeiter	1 002	1,00—6,00 "	122
Kellner	16	6,00 "	18
Graph, Zentralverband	689	1,00—2,00 "	496

1) Auf den Durchschnitt umgerechnet.

Hände sich daran schon beteiligt. So war es z. B. wesent- lich mit auf die Agitation des württembergischen Eisenbahner- verbandes zurückzuführen, wenn im württembergischen Etat die für Lohn erhöhungen eingelegte Summe von 700 000 auf 1 050 000 M. gesteigert wurde, sodaß die in Betracht kommenden 11 600 Eisenbahnarbeiter und Hilfsbeamten anstatt der vorge- sehenen 20 Pfg., 30 Pfg. tägliche Aufbesserung erhielten.

(Schluß folgt.)

### Sie schließen von sich auf andere.

Die sozialdemokratische Presse fährt fort, den Gewerkschafts- streit der Katholiken in ihrem Sinne auszubuten. Dabei versucht sie zwei Fliegen mit einem Stein zu schlagen: 1. den Blick der eigenen Anhänger vom Bank und Staat im sozialdemokratischen Lager abzulenken; 2. den Streit im christ- lichen Lager zu schüren und den gekauften christlichen Gewerks- chaften Schaden zuzufügen. Daß sich die sozialdemokratischen Blätter dabei die possierlichsten Hochsprünge und schroffsten Widersprüche leisten, ist schon früher festgenagelt worden. Vor einigen Wochen noch wurden die christlichen Gewerkschaftler von den roten Organen der „Rebellion wider das Oberhaupt der katholischen Kirche bezichtigt, wurde ihnen mit komisch wir- lender Entzückung „Sturm auf den Papst“ zu unterstellen gesucht. Die sozialdemokratische Presse faßelt neuerdings aber von „Anechtliche Unterwürigkeit“ der christlichen Gewerkschaften, die den Mut nicht hätten, Eingriffe in ihre Organisationsangelegenheiten abzuwehren; — „kurzum: Hinterhältigkeit und Anechtlichkeit an allen Ecken und Enden“, schreibt die Rheinische Zeitung in Köln am 27. Juni 1912. Nun steht es ausgerechnet der sozialdemokratischen Presse vorzüg- lich an, den christlichen Gewerkschaften Abhängigkeit, Unterwürigkeit, Anechtlichkeit u. vorzuerweisen. Viel näher läge es doch, über die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu wachen und deren Selbständigkeit zu fördern und zu ver- festigen. Aber da schweigt man lieber in sieben Sprachen.

Und doch ist's geschichtlich nachweisbare und festgestellte Wahrheit, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften — viel unfreier sind wie die christlichen, daß die „freien“ Gewerkschaften in sozialdemokratische Parteidiktatur eingeschmückt, in ihrer organisatorischen Bewegungsfreiheit an tausendfacher Knechtschaft gebunden sind.

Diese „Anechtliche Unterwürigkeit“ der „freien“ Gewerkschaften unter der sozialdemokratischen Parteidiktatur läßt sich vom Anfang der Bewegung an bis auf den heutigen Tag mühelos an hunderten von tatsächlichen Geschehnissen nachweisen. Die „freien“ Gewerkschaften wurden von sozialdemokratischen Partei- gängern und als Mittel zum (politischen) Zweck gegründet und in diesem Sinne benutzt. Trotzdem wurden sie bezeugt und immer wieder gedemütigt, auf die Knie gezwungen. Der Allgemeine deutsche (Vasallenmäßige) Arbeiterverein forderte in seiner Generalversammlung 1872 die Auflösung der Gewerkschaften. Ebenso 1873 und 74 in Hannover, wo diejenigen sogar als „Verräter der Arbeiterklasse“ gebrandmarkt wurden, die es versuchten, die Gewerkschaften in den Vorder- grund der Arbeiterbewegung zu drängen. Infolge ihrer „Unter- würigkeit“ unter die Partei ließ es beim Erlaß des Sozialistenge- setzes für die „freien“ Gewerkschaften: „Mitgefangen — mitge- hangen“. Wo sie nicht zusammenbrachen, wurden sie von der Partei als Diskreditierendes zu politischen Zwecken mißbraucht und so in ihrem Bestand gefährdet. Nach der Aufhebung des So- zialistengesetzes blieb das unwürdige Vasallenverhältnis der „freien“ Gewerkschaften weiter bestehen. Auf dem sozialdem- okratischen Parteitag in Köln 1893 wurden die Gewerkschaften auf die „Anführerbande“ gesetzt. Ihr erster Führer Legien stellte in seinem Referat in den beweglichsten Tönen um gut Wetter für die Gewerkschaften. Er versicherte, daß dieselben „das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung seien“ (Pro- tocoll S. 183) und ferner, „daß die gewerkschaftlichen Führer in den Gewerkschaften niemals etwas anderes als ein Palliativ- mittel gesehen hätten“ (S. 184). Vergebliches Mühen! Rebel- lismus nachzuweisen. Auer überschüttete unter dem Hochge- lächter des Parteitag's Legien persönlich mit Spott und Hohn und griff ihn als Leiter der Generalkommission persönlich an. Er sprach von „gekürzten Lebertwickeln“, bezeichnete Legien als den sprechendsten Beweis dafür, daß die Gewerkschafts- bewegung ihr Ziel nicht erreichen könnte, sprach ihm ferner jede Urteilskraft ab usw. Der Delegierte Paul (Hannover) referierte die Debatte über die Gewerkschaften in dem Satz: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gang der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden.“ (S. 203.)

Seit diesem roten Gerichtstag über die Gewerkschaften hat sich im Wesen der freigerwerkschaftlichen Anechtlichkeit nichts geändert. Die „freien“ Gewerkschaften sind geblieben, was sie waren: Zutreiber und Vasallen der sozialdemokratischen Partei. Von den Parteitag'en und internationalen Sozialistenkongressen lassen sie sich ergebenst ihre Direktiven geben, in wichtigen gewerkschaftlichen Lebensfragen die Marschroute vorschreiben. (Siehe Generalstreikfrage, Mailster u.) Der Parteitag in Mann- heim 1906 befiegelte die Unterwürigkeit der Gewerkschaften durch eine Resolution, die den Gewerkschaften zwar in der Form ein Pflichten auf die Klassen- und Parteizugehörigkeit hob, sie aber desto fester zur Vasallenabhängigkeit für die Partei verpflichtete. Elegisch meinte nach dem Parteitag das Hauptorgan der freien Gewerkschaften („Korrespondenzblatt“ Nr. 33, 1907), der letzte Absatz der (Verfälschungs-)Resolution, „ber die Parteigenossen auffordert, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaften von sozialistischem Geiste erfüllt werden, deklarieren eine sehr überflüssige Pflicht, da die Gewerkschaften seit Jah- ren selbst in diesem Sinne tätig waren.“

Garz recht! Die freien Gewerkschaften sind stets für die Partei tätig gewesen, wozu nur Agitation und immer neue

Befehl zu den alten Ketten hinzufügen! Ueber die Mannheimer Beschlüsse äußert sich der Parteipapst Kautsky in einer Ver- sammlung in Leipzig 1906 wie folgt:

„Die Resolution sagt alles, was wir brauchen. Sie macht der „Neutralität“ für immer ein Ende; sie er- klärt, daß die Gewerkschaften nicht nur Berufsinteressen zu vertreten haben, sie verpflichtet sie, bei ihren Mit- gliedern Weigerung für das sozialistische Ideal zu erwecken. Arbeiten die Gewerkschaften in diesem Sinne, dann können wir zufrieden sein!“

Ja, die roten Parteihäupter können tatsächlich zufrieden sein mit dem, was die „freien“ Gewerkschaften seit Mannheim für die Partei geleistet haben. Das Wohl der letzteren steht überall an erster, die gewerkschaftlichen Interessen kommen erst an zweiter und dritter Stelle. Im vorigen Jahre wur- den anlässlich des Tarifstreiks im Berliner Zeitungsgewerbe von soziald. Blättern schwere Angriffe gegen die Praxis und Leitung der „freien“ Gewerkschaften gerichtet. Die General- kommission wollte öffentlich Vertretung dagegen einlegen, aber der Parteivorstand als oberster Kenner verhinderte es. „Es waren lediglich Gründe des Parteinteresses, die von der Veröffentlichung (des Protestes) abrieten“, gestand resigniert das „Korrespondenzblatt“ Nr. 34, 1911 und hat damit die „Anechtliche Unterwürigkeit“ der „freien“ Gewerkschaften aufs neue drastisch dokumentiert. Die „freien“ Gewerkschaften haben sich immerfort nicht nur als dienstbare Vasallen, sondern als untertänige Lakaien behandeln lassen. „Kustritte ins Kreuz haben wir erhalten“, jammerten die „freien“ Gewerkschaftsführer auf der bekannten Geheimkonferenz 1906 in Berlin. Der ver- storbene Holzarbeiterführer Weinhart zeichnete die Situa- tion äußerst treffend mit folgenden Worten:

„Verführte Gewerkschaftsbeamtenbürokratie“, „Wen- nigwärtigkeit“, „Leisetreter“, „Diktatoren“, „Spießer“, hat man uns geschimpft! — Seit zehn Jahren haben wir Gewerks- chaftler uns beschimpfen, die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geant- wortet haben. . . .“ Wir haben geschwiegen im Interesse der Einheit, wir haben uns prägen lassen.“

So steht's mit der „Unabhängigkeit“ und „Bewegungs- freiheit“ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung. Kein Wunder, daß die rote Presse nach jeder Mühe im gewerkschaft- lichen Lager greift, einen Elefanten daraus zu machen und so den Blick der eigenen genährten Massen abzulenken sucht. Mit diesem demagogischen Treiben wird sie aber bei denkenden Menschen keinen Eindruck erzielen können. Und die sozialdemokratische Presse ist an allerletzter Stelle befugt und befähigt, ein Urteil über die christliche Arbeiterbewegung zu fällen.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wir haben des öfteren an dieser Stelle von den hemmenden Einflüssen gesprochen, die der Kreditgewährung der Banken und damit der Ausdehnung der Unternehmungslust entgegen- stehen. Unternehmungen und Banken stehen in engen Wechsel- beziehungen, die in dem Charakter der Banken als Geld- geverin sei es auf Credit oder eigene Beteiligung ihren tiefsten Grund haben. Zweifellos hat die enge Verbindung zwischen Banken und Unternehmungen ihre größten Schattenseiten, sie wird noch bedenklicher wegen der durch die Rechtsform der Aktiengesellschaft gegebenen großen Spekulationsmöglichkeit. Die Beteiligung der Banken an anderen wirtschaftlichen Unter- nehmungen hat einen ganz gewaltigen Umfang angenommen. Sie geben bei der Gründung von Gesellschaften das nötige Geld her gegen eine entsprechende Beteiligung. Im Interesse der Bank liegt nun weniger eine gesunde Fundierung des Unter- nehmens, eine dauernde, wenn vielleicht auch bescheidenen Ge- winn versprechende Produktion, sondern eine rasche Steigerung der Aktien an der Börse oder im freien Verkehr, um sie mit möglichst großem Gewinn loszuschlagen. Dieser Zweck ist für unsere gesamte Volkswirtschaft vom größten Nachteil, denn die Gründung von Unternehmungen und zwar der größten erfolgt nun nicht mehr nach dem einzig richtigen für die Privat- wie für die Volkswirtschaft gleich wichtigen Gesichtspunkte eines vorhandenen, wenn auch vielleicht latenten Bedürfnisses, sondern nur nach dem rein spekulativen Moment: aus den über- nommenen Aktien möglichst bald einen hohen Gewinn heraus- zuschlagen. Die Folge einer derartigen Politik ist natürlich die Gründung von Unternehmungen, die volkswirtschaftlich nicht berechtigt sind. Zur Zeit einer Rezession tritt der durch sie angerichtete Schaden nicht in der Weise hervor wie zur Zeit einer niedergehenden. Bei der gewaltigen Aufnahmefähig- keit des Marktes ist es ihnen möglich, die Produkte zu immer noch gewinnbringendem Preise abzusetzen; bei einigen Schwän- gungen verurlichen sie aber leicht eine Produktionskrisis durch zu starkes Angebot bei stets fallenden Preisen.

Eine weitere ungünstige Folge ist die Anspannung des Geld- marktes, die sich in einem hohen Zinsfuß äußert, daß ein solcher das gesamte Erwerbsleben höchst ungünstig beeinflusst ist eine bekannte Tatsache. Man kann daher die Warnungen, die nicht nur von staatlicher Seite sondern in jüngster Zeit auch aus Privatbankkreisen kommen, vorzüglich zu sein in der Kredit- gewährung und Geldgebung, um die Unternehmungslust etwas zu dämpfen, nur begrüßen. Und es spricht für eine Gesundung der wirtschaftlichen Erkenntnis weiter Kreise, wenn sie auf dem Kulminationspunkt der Hochkonjunktur vorwärts blicken und bedenken, was kommen kann und sorgfältig sich bemühen, zu halten was zu halten ist. Das Fehlen derartigen Erkenntnis zur rechten Zeit hat zur Verschärfung aller früheren Krisen außerordentlich viel beigetragen.

Nach der bekannten Zusammenstellung der Frankf. Ztg. über Neugründungen und Kapitalerhöhungen war zwar der Geld- bedarf auch im 2. Quartal d. J. noch sehr stark. Dieser kann natürlich nur für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit be- schränkter Haftung festgestellt werden. Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen weisen im genannten Zeitraum einen nicht unbedeutlichen Rückgang gegen das 1. Quartal auf. Beant- worteten sie da 430,6 Mill. Mark, so im 2. Quartal 389,4 Mill. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ist diese Zahl aller- dings noch immer sehr hoch, denn hier stellte sie sich „nur“ auf 345,5 Mill. Mark.

Uns interessieren hier vor allem die Ergebnisse, aus der Metall- und Maschinenindustrie. Die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften betrug 5, der von diesen benötigte Geld- bedarf 3,7 Mill. Mark. Das ist gegen das erste Quartal mit 7,6 Mill. und gegen das 2. des Vorjahres mit 8,4 Mill. außerordentlich wenig. Auch der Aufwand für Kapitalerhöhungen deren Zahl 19 betrug, ist sehr stark zurückgegangen. Es wurden 28,1 Mill. Mark benötigt gegen 39,3 im 1. Quartal d. J. und 40 Mill. im 2. Quartal 1911. Nicht ganz so ausgeprägt ist der Rückgang bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung. 116 Neugründungen beanspruchten 12,7 Mill. Mark gegen 13,6 im 1. Quartal und 11,4 im 2. 1911. Nur ganz gering ist der Kapitalbedarf für Kapitalerhöhungen zurückgegangen.

Er betrug 3,2 Mill. Mark gegen 3,5 im 1. Quartal und 2,2 im zweiten 1911.

Eine ganz andere Entwicklung hat die Elektrizitätsindustrie genommen. Ohne die Zahlen im einzelnen anzuführen möchte ich nur erwähnen, daß die Kapitalerhöhungen im 2. Quartal 24 Mill. Mark absorbierten gegen 2,6 im 1. Quartal und 3,5 im 2. 1911. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß hier- bei die Transaktion der Bergmann u. S. einen großen Einfluß ausgeübt hat.

Die geschüberten Verhältnisse ergeben, daß zwar eine lang- same aber sehr heilsame Rückwärtsbewegung eingelebt hat. Diesen Eindruck gewinnt man auch, wenn wir die Durch- schnittskurse der Börsenkurse, die immer als Barometer der wirtschaftlichen Lage überhaupt angesehen werden dürfen, betrachten. Schon seit 3 Monaten bröckeln sie zwar langsam aber stetig ab. Sie betragen im April, Mai und Juni 101,75, 101,86 und 100,91. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine ziemlich starke Rückwärtsbewegung. Besonders stark wurde von ihr die Maschinen- und Metallindustrie getroffen. Der Durch- schnittskurs der hierher gehörigen Aktien-Papiere belief sich am 29. Juni 1912 auf 196,80% gegen 198,38 im Mai und 209,05 im Juni letzten Jahres. Der Rückgang ist also gerade gegen das Vorjahr außerordentlich stark.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Beurteilung der Ent- wicklung unseres Wirtschaftslebens in den letzten Tagen wieder zuversichtlicher geworden ist. Abgesehen von den Berichten aus den verschiedenen Industrien, unter denen sich allerdings einige weniger optimistische befinden, haben dazu in erster Linie der günstige Stand der verschiedenen Ernten beigetragen, denn die von ihrem Ausfall bedingte Kaufkraft der Landbevölkerung wirkt in erster Linie für unsere Industrie befruchtend und be- lebend.

Die Roheisenproduktion in Deutschland und Luxemburg ist im Juni etwas zurückgegangen. Sie betrug nach den Mitteln- des Vereins deutschen Eisen- und Stahlindustrieller 1 418 445 To. gegen 1 463 677 im Mai und 1 262 997 im Juni 1911. Die gewaltige Roheisenproduktion übersteigt im 1. Halbjahr bereits den Rekord des Vorjahres um 9,65%. Trotz dieser ge- waltigen Steigerung sind die Preise durchaus fest und tendieren eher nach oben als nach unten. Gegenwärtig schweben Ver- handlungen zwischen dem Roheisenverband und einigen Sieger- länder Werken zwecks Anschluß an jenen. Vom Allseisenmarkt lauten die Nachrichten wesentlich ungünstiger. Die Geschäft- tätigkeit ist keine sehr flotte und die Preise lassen teilweise auch etwas nach. Auf dem Roheisenmarkt ist besonders das Aus- landsgeschäft lebhaft, während auf dem Inlandsmarkt, eine im- me wiederkehrende Erscheinung um diese Jahreszeit, eine gewisse Ruhe eingetreten ist. Die Eisengießereien haben in ihren verschiedenen Landesgruppen Preiserhöhungen durchge- führt.

Der Verband des Stahlwerkverbandes an A-Produkten, Halb- zeug und Eisenbahnmateriale, hat auch im Juni wieder eine kräftige Steigerung erfahren, die annähernd 70 000 To. be- trägt. Am stärksten hat der Verband von Eisenbahnmateriale zugenommen, wobei natürlich die großen Bestellungen der ver- schiedenen deutschen Eisenbahnen einen maßgebenden Einfluß ausgeübt haben.

Von dem Austragsbestand in den Stahl- und Walzwerken ist nur ein geringes zu berichten. Er erreicht einen solchen Um- fang, daß die Werke an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Der Halbzeugmarkt liegt fortgesetzt sehr fest. Betsach klagt man in Verbraucherkreisen über einen gewissen Mangel an Halbzeug, ebenso wie an Roheisen, eine Erschei- nung, die auch in Rußland auftritt. Nebenbei bemerkt, die Vollerleichterungen, die Rußland auf die Einfuhr von Roheisen eingeführt hat, haben den in der schlesischen Industrie erwarteten Erfolg nicht gehabt. Die Einfuhrerleichterung steht in der Hauptsache nur auf dem Papier. Eine Unmenge von Un- ständigkeiten verhinderte die Einfuhr fast ebensogut wie die hohen Zölle.

Für Träger und Formeisen hat der Stahlwerkverband schon vor einiger Zeit Preiserhöhungen vorgenommen, die vom Markt willig getragen werden, denn die Beschäftigung der Werke ist sehr gut. Die Preisunterbietungen auf dem Stabeisenmarkt beschäftigten entsprechend ihrer Bedeutung die Öffentlichkeit sehr lebhaft. Anfangs war überall auch an der Börse eine starke Unruhe zu beobachten, die sich jetzt wieder gelegt hat, da man die Erscheinung nicht für gefährlich hält oder vielleicht auch nicht halten will. Das darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es auf dem Stabeisenmarkt doch recht still geworden ist. Zwar sind die Werke noch bis Jahreschluss vollauf beschäftigt, aber die misstrauisch gewordenen Verbraucher, die auf einen weiteren Rückgang der Preise hoffen, halten mit Aufträgen zurück.

Der Blechmarkt ist andauernd sehr gut, die Preise sind durchaus fest. Auch vom Röhrenmarkt lauten die Nachrichten befriedigender. Die Beschäftigung war ja schon immer vor- züglich und nun konnten sich in der letzten Zeit auch die Preise wieder etwas hefestigen, sodaß wenigstens ein rentables Arbeiten möglich ist. Der Walzdrahtmarkt liegt andauernd sehr fest. Der Walzdrahtverband kauft mit dem Ende dieses Jahres ab. Einigen sehr pessimistischen Anschauungen über seine Erneuerung, die hauptsächlich wegen beträchtlicher Mehrforder- ungen Schwierigkeiten machen dürfte, kommt die Nachricht, daß man sich in einem sehr wichtigen Punkt — dem Verhältnis verhältnis zwischen den reinen und gemischten Werken — ge- einigt habe. Aus der Maschinenindustrie wird durchaus gute Beschäftigung gemeldet. Das gleiche gilt von den Waggon- fabrikanten, nur daß hier über die von der Eisenbahnverwaltung bewilligten Preise klagt wird. Es sind beim preussischen Ministerium, wie man hört, mit Erfolg Schritte getan, die bei den umfangreichen Waggonbestellungen (4000 Stück) einen den Rohstoffpreisen mehr entsprechenden Preis erhoffen lassen. Der Röhrenverband hat es um ein Jahr verlängert unter gleichzeitiger Erhöhung seiner Produktionspreise. Aus der Kleinmetallindustrie wird eine neue Kartellbildung gemeldet. Es hat sich ein Röhrenverband Düsseldorf gebildet, der so- fort eine Preiserhöhung der Zeugnisse und Zinkrohrscheitel sowie der Röhrenhalter vornahm. Vom Ausland lauten die Nachrichten durchweg günstig, wenn auch der Fron Age wieder einmal einen stark pessimistischen Bericht veröffent- licht hat.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Erster christlicher Gewerkschaftskongress in Belgien.

Zur selben Zeit, als die Sozialisten sich an revolutionärer Phrasologie tranken machten, traten die christlichen Arbeiter Belgiens in Mecheln zu ihrem ersten Kongress zusammen. Einzigster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Die Durch- führung des Neutralisationsgedankens“. Eine ihmthematisch be- liebene Aufklärungskampagne war vorhergegangen. Das ge-

Justiz der Beratungen der mehr als 700 Delegierten aus allen Teilen des Landes war überaus zufriedenstellend. Die christlichen Gewerkschaften bemühten sich in erster Beratung, den besten Mobius zu finden für die wirksamste Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Mit allgemeinen Versammlungen, in denen namentlich W. Ruttgen und der Abg. Verhaegen (Gent) einbringlich den Zentralisationsgedanken für die Gewerkschaftsbewegung mit wirtschaftlichen Aufgaben vertraten, wechselten Versammlungen für die einzelnen Berufe ab, um über die speziellen Mittel und Wege zur Durchführung des allgemeinen Beschlusses beratschlagend. Vom Kollegen Stegerwald war ein Referat über die in Deutschland mit der Zentralisation gemachten Erfahrungen erbeten worden, das dem Kongress in französischer und flämischer Sprache gedruckt vorlag und infolge der Rücksichtnahme auf die eigentümlichen belgischen Verhältnisse großen Weisfall auslöste. In einer einmütig angenommenen Resolution werden die einzelnen Gewerkschaften verpflichtet, sofort die Vorkehrungen zu treffen zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftstaktik der inneren Verwaltung und des (fachlichen, sozialen und intellektuellen) Erziehungswezens. Einzelne Verbände ließen sofort dem Beschlusse die Tat folgen, indem sie die bisher — nach der sprachlichen Scheidung — getrennt operierenden Organisationen zu Zentralorganisationen für das ganze Land mit einheitlicher Leitung und Verwaltung zusammenführten.

Dieser erste allgemeine Kongress dürfte für die christlichen Gewerkschaften Belgiens in mancher Beziehung das werden, was der Mainzer Kongress (1899) für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland gewesen ist: er wird Einheitlichkeit in die Arbeitsweise der Gewerkschaften bringen und sie mehr als heute einem zielbewußt arbeitenden Organismus erscheinen lassen. Die christlichen Gewerkschaften Belgiens haben eine Zukunft. Sie geben schon heute mit ihren rund 75 000 Mitgliedern numerisch den sozialistischen Gewerkschaften kaum noch etwas nach. Diese letzteren haben, wie der ziffermäßige Rückgang beweist, in den letzten Jahren erheblich an Vertrauen bei den Arbeitern eingebüßt, während die entschiedenen wirtschaftliche Betätigung der christlichen Gewerkschaften deren Ansehen bei der Arbeiterschaft schnell steigen läßt. Der Vergleich dessen, was in den Kongrestagen in Brüssel einerseits und in Mecheln andererseits sich abspielte, dürfte seine Wirkung auf die besonnene Arbeiterwelt nicht verfehlen.

**Kneifende Sozialdemokraten.**

Zu diesem Kapitel lesen wir im Organ des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes (Nr. 28/1912) u. a.: „Im selber Tageblatt hat der sog. Gewerkschaftsbeamte Arthur Ahlenborn einen Artikel veröffentlicht, worin die Behauptung aufgestellt wurde, der christliche Keramik- und Steinarbeiterverband ist ein Streikbrecherverband. Wir hatten großes Interesse daran, daß unser Herr Ahlenborn auch gerichtlich den Nachweis für seine Behauptungen erbringt und verschaffen ihm hierzu Gelegenheit. Anstatt nun die günstige Gelegenheit zu ergreifen, und im Gerichtssaal in voller Öffentlichkeit an der Hand von Tatsachen dem christlichen Verband zu beweisen, daß er an den Arbeiterinteressen in der beschuldigten Weise gescheitelt hatte, leugnet Herr Ahlenborn, den Artikel geschrieben zu haben, verknüpft sich hinter Gesetzesparagrafen und sucht dem Gericht die Auffassung beizubringen, daß eine Arbeiterorganisation überhaupt kein Klagerrecht besitzt, weil die Gewerkschaften keine juristisch anerkannte Person darstellen. — Also sogar die Gleichberechtigung der Arbeiter wird preisgegeben seitens der Gewerkschaft, wenn das eigene „Ich“ in Gefahr kommt. Der Vorsitzende des Herrn Ahlenborn führte an, das Klagerrecht könne nur den einzelnen Mitgliedern eines geschlossenen Personens oder Stabeskreises, z. B. den Richtern, den Offizieren, den Schulleitern einer Stadt zugestanden werden, niemals aber den einzelnen Mitgliedern einer Partei oder einer Gewerkschaft usw. Mit dieser Begründung werden anderen Ständen besondere Vorrechte gegenüber den Arbeitern eingeräumt. Nachdem auch „Ameise“ (sog. Gewerkschaftsblatt Mech.) den gleichen Artikel bringt, identifiziert sie sich mit dieser Ansicht, daß der Arbeiter gegenüber anderen Bevölkerungsschichten geringere Rechte haben soll. So etwas vertritt ein sozialdemokratischer Arbeitersekretär und schreibt ein sozialdemokratisches Arbeitsorgan. Das ganze Verhalten der Genossen in dieser Sache macht einen jämmerlichen Eindruck, falls sie nicht in den Verdacht kommen wollen, eine Arbeiterorganisation vorfälschlich verleumdet zu haben, müssen sie heraus mit der Sprache.“

**Aus einer sozialdemokratischen Ortskrankenkasse.**

Die unter sozialdemokratischer Leitung stehende Münchener Ortskrankenkasse hat von der Aufsichtsbehörde den Auftrag bekommen, die Beiträge zu erhöhen, oder die Leistungen herabzusetzen, da der Reservefonds einen Fehlbetrag von rund 1 850 000 M. aufweist. Erst im Jahre 1905 hat die Kasse ein Defizit von 700 000 M. durch Herabsetzung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge gedeckt. Für diesesmal ist eine Erhöhung der Beiträge schwieriger, weil diese schon 4 1/2 Prozent betragen und ohne Zustimmung der Arbeitgeber nicht erhöht werden können. Die Münchener Arbeitererschaft macht doch recht üble Erfahrungen mit dem sozialdemokratischen Verwaltungstalent.

In dem der Kasse gehörigen Sanatorium Kirchseeon wurde dieser Tage der als Maschinist angestellte A. Wildmoser bei einem Einbruch in die Vorratskammer des Sanatoriums ertappt. Wildmoser hat die Diebereien schon länger betrieben. Die sozialdemokratische Presse schweigt die Sache tot, weil Wildmoser langjähriger Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins in Kirchseeon war.

**Wie „Siz Berlin“ die Arbeiterfrage löst.**

In Nr. 25 beleuchteten wir, wie „Siz Berlin“ gegenüber dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der „einen ausgeprägten Kampfscharakter zeigt“, die Interessen der Arbeiter zu wahren gedenkt. Alles was der Berliner Arbeiter gegen die Kampfanfrage der Metallindustriellen aufbrachte, war folgender Satz:

„Das ist eine klare Zusammenstellung von Grundsätzen, die auch dem Gleichgültigen zu denken gibt.“

Jetzt lesen wir im „Berliner Arbeiter“ Nr. 28/1912: daß in den Vereinen die Darlegung des „Berliner“ Geschäftsberichtes zum Gegenstand einer Besprechung zu nehmen seien, „die sich mit der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Verbandsmitglieder befassen“. Damit uns nun nicht unterstellt werden kann, wir hätten zusammenhanglos zitiert sei die ganze Stelle wiedergegeben, wie „Siz Berlin“ die Lage der Arbeiter heben will:

„Es wäre daran zu erinnern, daß es dem Sinne unserer Verhandlungen entspricht, wenn die Vereine alle ihre orga-

nisationsfähigen, mindestens aber die dem Verein neu beitretenden Mitglieder verpflichten, in die höheren Beitragsklassen einzutreten, damit die gewerkschaftlichen Aufgaben um so erfolgreicher gelöst werden können. Die Tätigkeit der sozialen Kommission im Verein müßte einer Prüfung unterzogen werden; wo eine solche Kommission noch nicht besteht, sollte man sie unverzüglich ins Leben rufen. Das praktische Vorgehen bei Lohnbewegungen wäre klarzulegen, namentlich die Führung von Haushaltungsbüchern von allen Mitgliedern zu verlangen, überhaupt ihnen einzuprägen daß ohne ein erwandenes Tatsachenmaterial praktische Erfolge im Lohn- und Arbeitsverhältnis schwerlich zu erzielen sind.“

Also „Soziale Kommissionen und Haushaltungsbücher“ sind demnach das ganze Mittelzeug. Wer mit diesen Dingen dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller imponieren will, ist entweder ein weltfremder Theoretiker, oder ganz gewaltig auf dem Holzweg. Und diese Leute, die praktisch gar nichts für die Arbeiter leisten, machen sich an, die christlichen Gewerkschaften zu verächtigen, die in harter aufreibender Tätigkeit den Arbeiterhand voranzubringen bestrebt waren, und dabei schöne Erfolge aufzuweisen können. Es ist nur gut, daß die Arbeitererschaft längst eingesehen hat, daß mit den Berliner Theorien keine Seide zu spinnen ist und ihren Fachabteilungen fern blieb.

**Rundschau.**

Die Rundfrage des deutschen Handelstages betreffend „Arbeitswilligenschub“ ist von allen Handelskammern beantwortet worden. Nach der Abg. Westf. Bg. (Nr. 818/1912) sind fast alle Kammern der Meinung, „daß der Schuß der Arbeitswilligen bei Streiks mangelhaft sei, die Mehrzahl will freilich von neuen gesetzlichen Vorschriften zum Schuß der Arbeitswilligen nichts wissen, ist vielmehr der Meinung, daß es schon ausreichen wird, wenn die Lokalbeshörden angewiesen werden, die vorhandenen Schußbestimmungen scharf zur Anwendung zu bringen.“ Das ist unserer Ansicht nach auch vollständig genügend und angesichts der Schmeidigkeit mancher Behörden mehr wie genügend. Wenn einzelne Handelskammern nach bemselben Blatt verlangen, daß das Streikpostenstehen und die Beobachtung der Betriebe gesetzlich unter Strafe gestellt werden müßte, so ist demgegenüber zu betonen, daß dieser fromme Wunsch bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages keinerlei Aussicht auf Erfolg hat. Daran wird auch nichts geändert durch die Auslassung der Hamburger Gewerksamter, die sich nach der Abg. Bg. folgendermaßen äußert:

„Bemerkenswert ist, daß die Hamburger Gewerksamter, die sonst als ziemlich „hart“ galt, bringend wünscht, daß die deutsche Gesetzgebung, die auf dem Standpunkte von 1869 stehen geblieben ist und gar nicht mehr unserer wirtschaftlichen Entwicklung entspricht, wenigstens bezüglich der Frage des Streikpostenstehens reformiert wird, daß man also in diesem Punkte dem Beispiel anderer Staaten folge. Wenn der Staat den Arbeitern erlaubt, zu streiken, ist er zweifellos auf der anderen Seite verpflichtet, diejenigen zu schützen, die sich zum Streik nicht entschließen, sondern in der Arbeit beharren. Dringend ist zu wünschen, daß in das neue Strafgesetzbuch das Verbot des Streikpostenstehens aufgenommen werde. Denn nur auf diesem Wege kann der ungeheure Terrorismus gebrochen werden, mit dem die Gewerkschaften die Streiks zur Durchführung zu bringen suchen.“

Wiel richtiger wäre es u. E., wenn in das Strafgesetzbuch aufgenommen würde, daß diejenigen Unternehmer zu bestrafen sind, welche die Arbeiter an der Ausübung des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechts hindern. Erinnerung sei nur an die Kämpfe, die unser Verband in jüngster Zeit um das Koalitionsrecht führen mußte in Schloß-Holte, M.-Glabbach, Langenwehe, Troisdorf usw.

Im übrigen irrt die Hamburger Handelskammer, wenn sie annimmt, durch Gesetzesparagrafen, die auf eine Unterdrückung der Arbeitererschaft hinauslaufen, den Terrorismus der Sozialdemokratie brechen zu können. Der Sozialismus ist nur zu überwinden durch eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, die auf die Volkswirtschaft Rücksicht nimmt und die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung hin vertritt. Mit dem absoluten Regime früherer Zeiten ist in unserem modernen Zeitalter nichts anzurichten.

Zum amerikanischen Wettbewerb in Deutschland, enthält der Bericht der Handelskammer Lüdenscheid beachtenswerte Ausführungen.

„Über unseren Geschäftsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben wir in den letzten Jahren fortgesetzt ungünstiger berichten müssen; auch für das verlossene Jahr ist wiederum ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Das früher bedeutende Absatzgebiet ist zahlreichen Ausfuhrartikeln unseres Bezirks vollständig verschlossen. Das dort immer mehr erstarbte Großgewerbe deckt nicht nur den heimischen Bedarf, sondern tritt auf dem Weltmarkte immer scharfer in Wettbewerb; aus einem guten Verbraucher unserer Erzeugnisse ist im Laufe der Zeit ein gefährlicher Wettbewerber geworden. Zielbewußt und stramm arbeitet der amerikanische Warenhersteller und die Ausfuhrfirma unter tatkräftiger und verständnisvoller Unterstützung seiner Regierung an der Besserung seiner Absatzmöglichkeiten und der Erweiterung seines Absatzgebietes. So wird unter anderem in Berlin von Syndikaten, amerikanischer Warenhersteller eine Hauptstelle unterhalten, um alle Auskünfte über Ausfuhrgeschäfte der amerikanischen Warenhersteller zu vermitteln und die Handelsbeziehungen nach allen Richtern Europas zu beobachten.“ Diese Hauptstelle spinnt ihre Fäden über das ganze Festland und arbeitet auch mit besonderen Vertretern der amerikanischen Regierung und Handelsattachés zusammen, um alles in Erfahrung zu bringen, was für die Ausfuhr amerikanischer Waren nach Europa förderlich sein kann. Die amtlichen monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands führen zahlenmäßig vor Augen, in welchem Umfange das Großgewerbe der Vereinigten Staaten auch in Deutschland festen Fuß gefaßt hat. Wir verweisen, soweit es sich um Maschinen und Kleinreisen unseres Bezirks handelt, auf folgende Einfuhrziffern: Maschinen für Metallbearbeitung 41 938 Doppelzentner; Waren aus schmiedbarem Eisen 5485 Doppelzentner; Eisenerzeugnisse, rufe, 12 203 Doppelzentner; andere 3308 Doppelzentner; schmiedbare Guß- und Schmiedstücke 13 925 Doppelzentner; Heu-, Dünger-, Koks- und Steingabeln 1479 Doppelzentner; Feilen bis 16 Zentimeter lang 369 Doppelzentner; andere 825 Doppelzentner; Kohle 671 Doppelzentner; Rangen 1044 Doppelzentner, Nette, Seile, Haden 2043 Doppelzentner Bau- und Möbelbeschläge 1953 Doppelzentner. Wir müssen

bestreuen, daß auch auf dem Gebiete der Metall-Herstellung demnach der amerikanische Wettbewerb in Deutschland mit dem Großgewerbe in Wettbewerb treten wird.

Wenngleich wir keineswegs einer Absperzung unserer Grenzen durch Zollerbhöhung das Wort reden wollen, so müssen wir doch darauf bestehen, daß der Grundschlag der Gegenseitigkeit bei der Festlegung der Zollsätze bei Abschließung der Handelsverträge gewahrt wird. Vergleichen wir die Zollsätze des deutschen Tarifs mit denen des Tarifs der Vereinigten Staaten, so ergibt sich ein Mißverhältnis, wie es in gleichem Umfange nirgends besteht. Wir beschweren uns nicht darüber, daß das englische Eisen- und Metallwaren-Großgewerbe auch auf dem deutschen Markte Absatz findet, da der heimischen Arbeit ja auch die Grenzen Englands geöffnet sind, können aber einem „Anbuhlstaat“ — und in den Reihen derselben sind die Vereinigten Staaten schon längst eingerückt — nicht eine Vergünstigung einräumen, der seine Gebiete mit unübersteigbaren Zollmauern eingeschlossen hat. Wir hoffen, daß es bei einer demnächstigen Regelung unseres Vertragsverhältnisses mit den Vereinigten Staaten den deutschen Vertretern gelingen wird, das jetzt bestehende Mißverhältnis, wenn nicht zu beseitigen, dann doch in einer erträglichen Weise zu mildern.“

Diesen Darlegungen kann auch vom Arbeiterstandpunkte aus nur zugestimmt werden. Alle beteiligten Kreise sollten bestrebt sein im ange deuteten Sinne Wandel zu schaffen.

Eine Erhöhung der Emaillewarenpreise haben die Prima-Qualitätsware erzeugenden deutschen Emaillierwerke beschlossen. Anstelle des bisher geltenden Preisaufschlages von 5% ist ein Aufschlag von 10% auf den Nettowert der Fakturen beschlossen worden, der sofort in Kraft tritt.

Eine weitere Sitzung des Ausschusses soll sich anfangs September mit der Aufstellung einer Mindestpreislifte für erklaffige Ware beschäftigen, in welche die dauernde Erhöhung der Herstellungskosten eingerechnet werden soll.

Eine am Freitag den 6. Juli in Aue in Sachsen abgehaltene Versammlung sächsischer Emaillierwerke hat beschlossen, mit sofortiger Wirkung einen Preisaufschlag von 10% eintreten zu lassen.

Die norddeutschen und rheinisch-westfälischen Emaillewerkguppen werden sich diesem Vorgehen sofort anschließen so daß innerhalb sämtlicher Gruppen des Vereins deutscher Emaillierwerke ein gleichmäßiger Aufschlag von 10 Proz. noch in diesem Moment zum Beschluß erhoben wird.

Aus der Metallindustrie. Die Hohenlohehütte Oberschleien erzielte im Geschäftsjahr 1911/12 einen Rohgewinn von 13 972 806 Mark. Nach Abzug von 3 545 306 Mark für Abschreibungen, und 1 280 000 Mark Rücklagen verbleibt ein Reingewinn von 9 147 499 Mark. Dieser soll folgendermaßen verteilt werden: 11 Proz. Dividende gleich 8 800 000 Mark, Gewinnanteile des Aufsichtsrates 253 077 Mk. und Vortrag 94 423 Mark.

Wie das Schiffbauamt in Essen berichtet, brachte das Jahr 1911 den deutschen Werften einen großen Zuwachs an neuen Aufträgen, wodurch ein großer Mehrbedarf an Schiffbaustoffen entstand. Dieser konnte fast ausschließlich von dem Schiffbauamt-Kontor heringekommen und den deutschen Werften geliefert werden, wie es überhaupt durch den Zusammenschluß der Walzwerke und deren gemeinsames Vorgehen im Laufe der Jahre gelungen ist, den Wettbewerb des Auslandes, das früher den deutschen Werften die meisten Platten und Profilstahl lieferte, immer mehr, allerdings häufig nur durch Preisopfer zurückdrängen. Im Jahre 1911 wurden rund 340 000 Tonnen Platten und Profilstahl an deutsche Werften verkauft. Entsprechend dieser starken Nachfrage, die sich namentlich in den letzten Monaten des Jahres geltend machte, konnte im Einklang mit der allgemeinen Lage allmählich auch angemessene Preiserhöhung durchgesetzt werden.

Die Kaiserliche Marine beschäftigt, ein Riesenboot zu erbauen und hatte eine öffentliche Ausschreibung veranstaltet, deren Ergebnis jetzt vorliegt: Zeitgenossen haben 6 Firmen, an der Submission mit folgenden Preisforderungen: Schiffswerft Blohm u. Voß (Hamburg) forderte 4 600 000, Embener Werft und Dod 5 176 000, Aug. Kühne (Dortmund) 5 284 000, Gutehoffnungshütte 6 278 000, Howaldtwerke 6 722 000, Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg 6 984 000 Mark. Die höchste Forderung geht also um nicht weniger als 51,8 Proz. über die niedrigste hinaus. Dieser Unterschied erscheint reichlich hoch.

Am Kupfermarkt macht sich neuerdings eine sehr schwache Haltung bemerkbar. Noch vor einigen Wochen zeigte sich eine lebhafte Aufwärtsbewegung der Preise. In allen Börsen sind die Kupferpreise gefallen. Die Verflauung soll von der auffallenden Preisermäßigung ausgegangen sein, welche einzelne Großhandelshäuser in ihren Angeboten von elektrolytischem Kupfer vornahmen; diese wirkten um so überraschender, als sie mit günstigen Ankündigungen der gleichen Stellen über die kommende Aufstellung der amerikanischen Erzeugung zusammentrafen.

Der deutsche Kupferblechverband hat ebenfalls den Preis herabgesetzt und zwar um 4 Mark auf 190 Mark.

Aus den Geschäftsberichten der Streikentschädigungsgesellschaften für das Jahr 1911 werden gegenwärtig in der Tagespresse Auszüge veröffentlicht.

Darnach gehörten der Rückversicherungsgesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände am Ende 1911 dreizehn Gesellschaften an. Die Arbeiterzahl stieg um 13 633 oder um 4,5 Proz., die Lohnsumme um 258 Millionen Mark oder 7 Proz. Für 1 596 924 durch Streik oder Ausperrung ausgefallene Manntage wurden 252 979 Mark Entschädigung gezahlt, oder im Durchschnitt 15,8 Bfg. auf den Manntag. Die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes. Unterelbe bezeichnet eine Steigerung der Arbeiterzahl von 826 oder 1,9 Proz.; die Lohnsumme stieg um 2 Millionen Mark oder 3,5 Proz. Für 411 596 ausgefallene Manntage wurden 98 390 Mark oder durchschnittlich 23,8 Bfg. für den Manntag vergütet.

Beim deutschen Industrieversicherungverband stieg die Mitgliederzahl um 732, die Arbeiterzahl um 82 092, gleich 47,9 Proz. und die Lohnsumme um 70,9 Millionen Mark oder um 40,7 Proz. Für 393 038 Manntage wurden 261 312 Mark oder durchschnittlich 66,5 Bfg. vergütet.

Diese Ziffern sollten die organisierte Arbeitererschaft zu verstärkter Opferwilligkeit anspornen.

Die in Paris erscheinende Zeitung „Trois“ hatte behauptet, das Organ des belgischen Abgeordneten Erzur Verhaegen, der erster Vorsitzender der demokratischen Liga ist, habe sich gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften ausgesprochen und sich für die katholischen Fachvereine erklärt. Auf Nachfrage erklärte Herr Verhaegen: Eine derartige Stellung-

nahme seines Blattes und seiner Gruppe sei ausgeschlossen; wir stehen durchaus auf dem Boden der interkonfessionellen Gewerkschaften und verlangen von unsern Mitglieðern inbezug auf die Religion nur dies: die Achtung vor den religiösen Ueberzeugung anderer."

Die „Gelben“ und das Handwerk. Seit ein- zeit überflutet sich die großkapitalistische Presse in der Propaganda für die „gelbe Idee“. Eine der lautesten Rufstimmen ist die „Schwarze Zeitung“, „Kölnische Zeitung“. Dieses Blatt hat anscheinend das natürliche Augenmaß für die realen Dinge verloren, sonst würde es sich nicht von einem angeblichen Handwerker schreiben lassen und widerspruchlos abdrucken, daß das Dasein des Handwerks nur von den „Gelben“ zu erwarten sei. Demgegenüber schreibt mit vollem Recht ein Rheinischer Handwerker in der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 615/12): „Von dieser neuen Spezies der Arbeiterorganisation (der Gelben, Red.) behauptet der Artikelschreiber der „Kölnischen Zeitung“: „Die gelben Gewerkschaften wirken auf das Handwerk geradezu wie eine Erfindung.“ Na nun! Wir stehen mit beiden Füßen mitten in der Handwerkerbewegung, haben aber noch nichts gemerkt, was zu dieser Behauptung irgendein Anlaß geben könnte. Im Gegenteil! Das Handwerk hat — wenigstens soweit unsere Erfahrungen reichen — von den „Gelben“ bisher gar keine Notiz genommen. Die Aufgaben, die der Gewährsmann der Köln. Btg. den „Gelben“ inbezug auf das Handwerk zuweisen möchte, wurden bisher von den Gesellenvereinen in unübertrefflicher Weise gelöst. Es besteht absolut kein Bedürfnis, die bewährte Institution der Gesellenvereine durch etwas der Eigenart des Handwerks durchaus fremdes Neues, die „gelben“ Gewerkschaften nämlich, zu ersetzen. Unseres Erachtens wird das Handwerk besser fahren, wenn es die Gesellenvereine fördert und mit den christlichen Gewerkschaften eine Verständigung anstrebt, als wenn es sich wieder auf ein neues, unsicheres Experiment einlassen wollte. Die christlichen Gewerkschaften vertreten doch auch mit aller Entschiedenheit den Gedanken der Gewerkschaftlichkeit. Woran es liegt, daß sie diesen Gedanken nicht stets und überall durchsetzen konnten, dürfte auch der einschlägige Handwerker der Köln. Btg. wissen.“

Dieser Handwerkerkritiker entwickelt hier eine ganze Menge Gedanken, die einen viel positiveren Inhalt haben, als wie die ganze gelbe „Serrlichkeit“ überhaupt und denen auch vom Arbeiterstandpunkte aus zugestimmt werden kann.

Zur „gelben“ Bewegung schreibt die evangelische Zeitung „Der Reichsbote“ (Nr. 157/1912) unter anderem: „Wir verschließen uns den ersten Bedenken nicht, zu denen diese wertvereintliche Bewegung unserem Verständnis nach Anlaß gibt, wenn wir auch die Entwicklung von vornherein vorurteillos und ohne grundsätzliche Gegnerschaft verfolgen. Aber man wird sich nicht verhehlen können, daß hier schwere und oft auch kaum zu vermeidende Gefahren für den Charakter der angeschlossenen Arbeiter und damit auch der von ihnen begründeten Organisation vorhanden sind. Zur Zeit der letzten Reichstagswahl nannte man die Mitglieder dieser „gelben“ Werkvereine auf Seiten ihrer Gegner spöttisch „Mutapfelkisten“, weil sie auswendig gelb und innen rot seien. Das Urteil mag auf gar manche zutreffen haben. Es ist nun einmal nur zu menschlich, daß gewisse äußere Vorteile und Ausflüchte schwache Charaktere verlocken können, sich solchen, von den Arbeitgebern begründeten und unterstützten Organisationen anzuschließen, auch wenn sie mit dem Herzen vielleicht in ganz anderen Lagern stehen. Die Gefahr ist ohne Zweifel groß, daß durch die Wertvereinsbewegung in die Kreise unserer Industriearbeiterschaft der böse Geist einer charakterlosen Streberei und Liebedienerei, auch eines gewissen Spiegels und Demagogentums sich einschleichen vermöchte. Die Führer dieser Bewegung sollten solche Gefahren stets und mit besonderer Schärfe im Auge behalten und durch schnelle und glänzende äußere Erfolge sich nicht darüber täuschen lassen. Denn gerade diese Form der Arbeiterorganisation, bei der die Anerkennung der Interessensolidarität von Arbeitgebern und Arbeitern die Grundlage, das beherrschende Prinzip ist, und die Arbeiter selbst auf den eigentlichen wirtschaftlichen Kampf mit dem Mittel des gesetzlich erlaubten Streikrechts von vornherein grundsätzlich verzichten, wir meinen, gerade diese Form und Gestalt verlangt auf beiden Seiten derart sittlich gefestigte, reiche, hochstehende Charaktere, daß es einem schon ernstlich bange werden dürfte, wenn man nur einmal an Mög- lichkeiten wirklich ernster, tiefgreifender Konflikte zwischen Arbeitgebern und ihren in den Wertvereinen organisierten Arbeitern denkt. Wir können es darum gut verstehen, wenn unsere Leute mit einer gewissen Besorgnis oder zum mindesten nicht mit vollem Vertrauen diese „wirtschaftsfriedliche“ Organisationen sich entwickeln sehen.“

Die Dynamitverbrecher von Asseln, die man vor drei Wochen ermittelte, sind vom Schwurgericht in Dortmund verurteilt worden. Sie hatten in der Nacht vom 19. März — während des Bergarbeiterstreiks — an den Wohnungen arbeitender Bergleute Dynamitanschläge ausgeführt. Auch versuchten sie, einen Bergmann an die Stelle zu locken, wo das Dynamit zur Explosion gebracht werden sollte. Angeklagt sind die Bergleute Gustav Jungermann, Friedrich Schaper, Wilhelm Peter, Friedrich Ackermann, Heinrich Sawatzki, Gustav Buchholz, Ernst Blank, August Dahlhoff. Nach der Aussage des Blank trafen sich die Angeklagten in der Altmünsterischen Wirtschaft, wo sich das Streikbüro des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes befand. Dann begaben sie sich in die Schaper'sche Wohnung, wo acht Dynamitpatronen fertig auf dem Tisch lagen. Schaper verteilte die Patronen und bezeichnerte die Häuser, an denen sie zur Explosion gebracht werden sollten. Blank sollte mit dem Angeklagten Dahlhoff zu dem Hause des arbeitenden Bergmanns Peters gehen. Unterwegs kamen ihnen Bedenken wegen der hohen Strafe, sie unterließen das Attentat. Als Urheber des Attentates bezeichnete Blank den Bergmann Schaper. Dahlhoff bestätigte im großen und ganzen die Aussage Blanks, die anderen Angeklagten belasten sich zum Teil gegenseitig. Schaper gab an, daß er Schieferhauer und Sicherungsmann gewesen sei. „Als Schieferhauer wollte ich eines Tages noch zwei Schüsse abgeben. Ich machte die Patronen fertig, doch kam ich nicht mehr dazu, weil die Schicht zu Ende ging. Ich nahm die Patronen mit nach Hause.“ Schaper wurde zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, Jungermann, Peter und Sawatzki zu je drei Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust, Ackermann zu einem Jahre Gefängnis, Blank und Dahlhoff zu je 9 Monaten und Hochschlag zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei den letzten vier Angeklagten haben die Geschworenen nur angenommen, daß diese, nachdem sie von dem Vorhaben des Verbrechens Kenntnis erhalten hatten, es unterlassen haben, Anzeige zu erstatten.

Eine ruchlose Tat hat somit ihre Sühne gefunden. Ein eigenes Gefühl beschleicht einen, wenn man daran denkt, wie tief diese Leute durch Saß und Verblendung gesunken sind.

### Streits und Lohnbewegungen.

**Tarif der Münchener Huf- und Wagen schmiede.**  
Der im Jahre 1909 abgeschlossene Tarifvertrag wurde in diesem Jahre von den Gehilfen gekündigt. Während bei dem letzten Abschluß die Organisationen getrennt vor- gingen, hat man sich jetzt zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammengefunden. In der ersten Verhandlung vor dem Gewerbegericht konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weil die Zugeständnisse der Arbeitgeber zu geringfügig waren. Die Gehilfen wünschten während der Vertrags- dauer eine Lohnerhöhung von 9 Pfennig und eine Ar- beitszeitverkürzung von täglich ¼ Stunden. Die Meister wollten aber nur eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig und keine Arbeitszeitverkürzung zugeben. Auf diese Weise war eine Einigung nicht zu erzielen, die Verhandlungen wur- den abgebrochen. Seitens des Gewerbegerichts waren nun auf den 22. Juli neue Verhandlungen angesetzt, doch die Meister wollten eine raschere Regelung der Angelegenheit herbeiführen. So fanden denn am Freitag, den 4. Juli die weiteren Verhandlungen am Gewerbegericht, unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbegerichtsdirrektors Dr. Brenner statt. Nach 3stündigen Beratungen war es möglich eine Lohnerhöhung von 6 Pfennig auf drei Jahre verteilt zu erreichen. Ebenso gestanden die Arbeitgeber eine Arbeits- zeitverkürzung von täglich einer Viertelstunde zu. Damit war einigermassen den Wünschen der Arbeiterschaft Rech- nung getragen. Auf Wunsch der Arbeitgeber wurde der Vertrag sofort unterzeichnet, jedoch unter Vorbehalt der Zustimmung der Versammlungen. Damit ist wiederum im Münchener Huf- und Wagen schmiedegewerbe auf drei Jahre der Friede gesichert und den Kollegen durch ihre Organisation ein ansehnlicher Erfolg errungen.

Von den 98 Schmiedemeistern Münchens beschäftigten etwa 30 Gehilfen, währenddem die große Mehrzahl der Meister die Arbeit allein verrichtet.

Es liegt nun an den Gehilfen, durch den Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes dafür Sorge zu tragen, daß das Erreichte auch wirklich durchgeführt wird, und die Kollegen den Weg zur Organisation finden, um beim kommenden Neuabschluß gerüstet zu sein.

### Der Streit der Former und Gießereiarbeiter in Aachen

ist nach zehntägiger Dauer beendet worden. Die Former und Gießereiarbeiter hatten den hiesigen Gießereibesitzern einen Tarif unterbreitet, welcher neben anderen Punkten eine Re- gelung der Grundlöhne forderte. Die Verhandlungen wurden sofort vom Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindu- strie übernommen. In den meisten Fragen, mit Ausnahme der Lohnfrage, wurde eine Verständigung erzielt. Die Arbeit- geber wollten nur Einstellungsgehälter bewilligen und zwar für Hilfsarbeiter 32 bis 37, für Former 45 bis 55 Pfg. die Stunde. Die Arbeiter ließen, um einen Kampf zu vermeiden, die Grund- löhne fallen, sie forderten aber für Hilfsarbeiter 35 Pfg. und für Former 50 Pfg. Einstellungslohn. Dieses lehnten die Unter- nehmer ab. Darauf kam es zur Kündigung und einmütig legten die Gießereiarbeiter die Arbeit nieder. Mehr Wochen standen sie ebenso einmütig zusammen. Nur vereinzelte haben sich zur Aufnahme der Arbeit verleiten lassen. Desto schlimmer hielten die professionismatischen Streikbrecher. Die Streikbrecherfirma Lange & Loef-Essen lieferte eine ganze Reihe „stättlicher Strach- exemplare“. Verschiedentlich haben sich solche Elemente hier in provozierender Weise betätigt. Schlägereien unter sich, beson- ders bei der Firma Sonderheiden, waren an der Tagesordnung. Der Mitinhaber der Firma, Herr Karl Sonderheiden, fühlte sich hierdurch bedroht und als an einem Abend, am 6. Mai war's, gegen 9½ Uhr ein Passant an der Fabrik Sonderheiden eine Fenster Scheibe einschlug (auf der Straße war sonst alles still), schoß Sonderheiden einen holländischen Arbeiter, welcher sich auf der anderen Straßenseite zur Aufsuchung seines Logis befand, nieder. Dieserhalb wird sich Herr Sonderheiden demnächst am Gericht zu verantworten haben.

In der Hoffnung, daß keine Streikbrecher nach Aachen kommen würden, hatten die Gießereiarbeiter den Kampf be- gonnen; sie sahen sich hierin bald getäuscht. Eine Erschei- nung, welche auch an anderen Orten, bevor man einen Kampf beginnt, genau zu prüfen ist. Vor drei Wochen wurde erneut versucht, Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzu- bahnen. Diese lehnten jegliche Verhandlungen ab und forderten bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit. Das lehnten die Arbeiter fast einmütig ab. Der Kampf zog sich weitere zwei Wochen hin. Einzelne Arbeitgeber suchten inzwischen Verbin- dungen und es fand zwischen den Gießereibesitzern und einer Ar- beitnehmerkommission eine Aussprache statt. Die Gießereibe- sitzer erklärten, die Hilfsarbeiterlöhne aufbessern zu wollen, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen und die Löhnung Frei- tags stattfinden zu lassen. Dieses Angebot der Gießereibesitzer lehnten 88 Streikende ab. 62 stimmten für Annahme desselben. Da die Dreiviertel-Majorität für Fortsetzung des Streiks fehlte, wurde der Kampf abgebrochen.

Viel Freude dürften die Arbeitgeber durch diesen Beschluß nicht haben. Eine tarifliche Regelung fehlt, eine Tatsache, die nicht zur Beruhigung im Gewerbe beiträgt. Auf alle Fälle wäre es besser gewesen, die minimalen Forderungen der Ar- beiter zu bewilligen. Es wäre beiden Parteien der 10wöchige Kampf erspart geblieben und für die Zukunft hätten sie eine Grundlage für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehabt.

Der größte Teil der Streikenden gehörte dem sozialdemokra- tischen Verband an, nämlich ca. 170, unserem Verbande gehörten 55 und dem Christlich-Sozialen 25 an. Bei Abbruch waren noch ca. 160 Streikende am Orte. Es ist also nicht richtig, daß die Christlichen an dem Abbruch die Schuld tragen, wie einige sozialistische Organisierte kolportieren. Bei der Abstim- mung waren nur 17 Mitglieder unseres Verbandes anwe- send. Die übrigen (in Eupen, Kölscheid, Holland wohnend), waren entschuldigt. Dieses wollen wir noch zum Schluß fest- stellen. Nicht die Christlichen, sondern ein großer Teil der Streikenden überhaupt war des Kampfes müde. Unsere Mit- glieder haben sich weder gehalten und sind keineswegs entmutigt. Sie werden auch in Zukunft ihren Mann stellen.

### Streik der Augsburgischer Huf- und Wagen schmiede.

Seit Jahren ist unser Verband bemüht, in den handwerk- mäßigen Berufen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Unlänglich der hiesigen Bauhofsarbeiterbewegung, die einleiteten und die den Kollegen nach vierwöchigem Kampfe a fehrliche Erfolge brachte, wurde versucht, auch die Schmie- der Organisation zuzuführen. Der Erfolg war nicht der au- geredeten Mühe entsprechend. Inzwischen ist es anders ge- worden. Nun mußte erstlich an eine Regelung der be- stehenden Verhältnisse herangetreten werden. Bei der eigenartigen Stellung des schwäbischen Schmiedebundes wie auch des „ba- uerischen“ gegenüber dem Tarifvertrage und den Arbeiterorganisa- tionen beauftragte man den Gesellenausschuß, den Meistern einen Vertragsentwurf vorzulegen.

Am 8. Juni wurden der Schmiedezwangsinnung die Fo- derungen unterbreitet. Es wurde verlangt: Die wöchentliche Ar- beitszeit soll 58½ Stunden betragen. Am Samstag soll um ½ Uhr, vor hohen Festen um 4 Uhr und an den Vorabenden vor gesetzlichen Feiertagen um ½6 Arbeitslohn sein. Die Löhne sollten pro Stunde betragen: für selbständige Feuer- schmiede 60 Pfg., für zweite Feuerschmiede 55 Pfg., für Feuer- und Beschlagschmiede 50 Pfg., für Beschlag- und Wagenschmied 48 Pfg., für Jungschmiede mit mehr wie einem Jahre Ge- sellenzeit 40 Pfg. und für die anderen Jungschmiede 36 Pfg. Für Ueberstunden wurden 25 Prozent Vergütung gewünscht. Auch wurde Urlaub gewünscht, und zwar nach zjähriger Ar- beitszeit bei einem Meister einen Tag, steigend jedes Jahr um einen Tag bis zu 6 Tagen.

In der ersten Verhandlung, welche am 20. Juni stattfand, machten die Meister folgende Zugeständnisse: 58½stündige Ar- beitszeit. An Wochenlohn betragen soll um ½6 Uhr und an Vor- abenden von gesetzlichen Feiertagen um ½6 Uhr Arbeitslohn sein. An Löhnen wurden zugestanden: Für Feuerschmiede 5 bis 60 Pfg., für zweite Feuerschmiede 50 bis 55 Pfg., für Feuer- und Beschlagschmiede 45 bis 50 Pfg., für Wank- und Beschlagschmiede 40 bis 45 Pfg., für Jungschmiede über ein Jahr Gesellenzeit 34 bis 38 Pfg. und für Jungschmiede unter ein Jahr Gesellenzeit 32 bis 34 Pfg. pro Stunde. Ueberstunden sollen mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Kost und Logis ist ausgeschlossen. Urlaub wird bei Bezahlung des Lohnes ge- währt bei Gesellen, die mindestens zwei Jahre beschäftigt sind. Von zwei Jahren ab einen Tag und steigend von Jahr zu Jahr bis zu sechs Tagen. Doch wollten die Meister den Vertrag auf fünf Jahre haben. Von den Gesellen wurde Stellung genommen und gewünscht, der Gesellenausschuß möge in nachmaligen Verhandlungen danach trachten, für die drei unteren Kato- gorien noch eine kleine Erhöhung der Löhne herauszuholen. Dem Wunsche der Kollegen konnte jedoch nicht mehr Rechnung getragen werden. Am 24. Juni traf nachstehendes Schreiben der Schmiedezwangsinnung ein:

„An die G. S. Gesellen der Schmiedezwangsinnung Augs- burg, z. B. des Herrn M. Kaufmann, Altgeselle.“

Die obige Innung hat in ihrer Versammlung vom 28. Juni die provisorischen Abmachungen des Gesellenausschusses zur Kenntnis genommen. Auf Grund deren ist die Innung in ihrer Mehrzahl bereit, die bestehenden Verhältnisse im Rahmen der Werkstattdordnung zu verbessern. Die vorgeschlagenen Löhne werden zum Teil anerkannt, doch kann eine tarifmäßige Verbindlich- keit solange nicht eingegangen werden, solange der Innung im- bezug auf die Preisfestsetzung der § 100a der Reichsgewerbeord- nung im Wege steht. Die Innung kann auch aus dem Grunde einem Tarifvertrage nicht zustimmen, weil die Lage im Schmiedehandwerk durch die zunehmenden Lastautomobile und die Ein- führung von Regiebetrieben sich von Jahr zu Jahr verschlech- tert und die Zahl der Gesellen infolgedessen eine geringere werden wird. Sollte auf Grund der bisher bestehenden Verhält- nisse eine Verständigung zu erzielen sein, ist die Innung bereit, weiter zu verhandeln, doch ist ein Tarifvertragsabschluß durch Beschluß der Innungsversammlung vorerst unmöglich gemacht.

Hochachtungsvoll  
Die Zwangsinnung für das Huf- und Wagen schmiede-Handwerk in der Stadt Augsburg.  
S. A.: Max Pfaff, Vorsitzender.“

Dieser Beschluß der Innungsmeister machte die Hoffnung auf friedliche Verständigung zweifelhaft. Trotz alledem ver- suchte der Gesellenausschuß, weiter zu verhandeln. Erst nach längeren Vorbesprechungen der Meister wurde dem Gesellenaus- schuß der Zutritt gestattet. Es stellte sich heraus, daß die Ar- beitgeber nach wie vor auf ihrem absehbenden Standpunkt ver- harrten. Hierauf zog der Altgeselle die Forderungen zurück und erklärte, die Angelegenheit den Organisationen übergeben zu wollen. Am 29. Juni fand die entscheidende Versammlung statt, die Organisationen wurden beauftragt, neue Forderungen einzuzeichnen. Weiter wurde beschlossen, am Montag die Ar- beit einzustellen, um zu zeigen, daß die Schmiede ernstlich eine Regelung ihrer Lage erstrebten. Dieser Beschluß wurde einmütig durchgeführt.

Die Herren Schmiedemeister gingen nun an die Deffent- lichkeit. In den Augsburgischer Tagesblättern war zu lesen: „Nachdem die Gesellen die Verhandlungen abgebrochen haben, festgen die Meister nun dem Gesellenausschuß in Kennt- nis, daß sie bereit sind, den vorgelegten Vertragsent- wurf anzunehmen. Diejenigen Gehilfen, welche nächsten Mon- tag die Arbeit nicht wieder aufnehmen, werden auf ein Jahr aus den hiesigen Werkstätten ausgesperrt.“

Der Inhalt der Notiz entbricht nicht den Tatsachen. Bei der Eingabe der Organisationen war im Begleitschreiben aus- drücklich betont, daß man jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Die Anerkennung des vorgelegten Vertragsentwurfes ist ebenfalls nicht erfolgt. Vielmehr ging dem Gesellenausschuß ein Vertrag zur Unterschrift zu, welcher eigenes Produkt der Meister war und mit dem vorgelegten nicht im geringsten über- einstimte. Hätten die Schmiedegesellen ihre Zustimmung ge- geben, wären schlechtere Bedingungen festgelegt worden, als wie sie schon bestanden. Die Hoffnung, durch die Drohung mit ein- jähriger Aussperrung, die Gehilfen ängstlich zu machen und zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen, traf nicht ein.

Die Organisationen hatten inzwischen das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Am Montag, 8. Juli, sollten Verhandlungen stattfinden. Wer aber am Gewerbegericht nicht erschienen war, das waren die Schmiedemeister. Kurz vorher gaben sie in der Kanzlei die Erklärung ab, daß sie mit den Gehilfen nicht verhandeln und verlangen, daß ihr Vertrags- entwurf unterschrieben würde. Die Organisationsvertreter bean- tragten am Gewerbegericht die zwangsweise Ledung der Schmiedemeister. Dienstag, 10. Juli, traten neuerdings Verhandlungen angesetzt. Von den Meistern erschien Herr Obermeister Pfaff als „Geladener“ und Schmiedemeister Bar als Zeug- Nun war es möglich, sich auszusprechen und die Stellung der Gesellen klarzulegen. Nach 1½stündigen Verhandlungen wurde ein Weg gefunden, welcher die Möglichkeit bot, den Frieden her- zustellen. Obermeister Pfaff erklärte, für die gemachten Vor-

schläge in der Meisterversammlung eintreten zu wollen. Es wurde sodann festgelegt: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 59 Stunden bei 1 Stunde 20 Minuten Mittagspause. Der Mindestlohn für selbständige Feuerschmiede 54 Pfg., pro Stunde, zweite Feuerschmiede, erste Beschlag- und erste Bankschmiede 45 Pfg., Jungschmiede über ein Jahr Gesellenzeit 36 Pfg. und unter ein Jahr 32 Pfg. Der Zuschlag und Urlaub wurde in alter Form genehmigt.

Die Schmiedemeister und Gesellen nahmen am Dienstag, 10. Juli in getrennten Versammlungen zu diesen Vorschlägen Stellung und erklärten ihre Zustimmung. Der Vertrag soll auf drei Jahre Gültigkeit haben, wurde aber nur mit dem Gesellenausschuß abgeschlossen.

Der Erfolg liegt darin, daß die prinzipiell ablehnende Stellung des Schmiedebundes gegen die Tarifverträge gebrochen wurde. Ebenso erhalten die Kollegen neben der Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Woche eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde, ein großer Teil jedoch bedeutend mehr. Es liegt nun an den Kollegen von Augsburg, die geschaffene Grundlage zur kräftigen Stärkung ihrer Organisation zu benutzen und dafür Sorge zu tragen, daß die zugestandenen Besserungen auch fruchtbar durchgeführt werden.

**Die Lohnbewegung der Ketten- und Rollen- und Drehmaschinen in Gröna, Letmathe, Herbolzheim und Dortmund**

ist beendet. Bei allen fünf in Frage kommenden Arbeitgebern haben wir einen Tarif abschließen können, welcher für die Ketten- und Rollen- und Drehmaschinen eine bedeutende Erfolg gebracht hat. Nicht bis zehn Prozent Lohnerhöhung, das sind pro Tag 50-60 Pfg. Mehrlohn, und eine Arbeitszeitverkürzung von zwei bis drei Stunden pro Woche haben die Kollegen durch diese Lohnbewegung erreicht. Wir lassen den Tarif der Fa. S. Schlieper Sohn, wo unsere Kollegen mit 90 Prozent und die Sozialdemokraten mit 10 Prozent in Frage kommen hier im Wortlaut folgen, damit auch die Ketten- und Rollen- und Drehmaschinen anderer Orte einen Einblick gewinnen.

**Tarif:**

1. Schiffsketten-Fallhammerarbeit.

Stärke mm	5	5 1/2	6	6 1/2	7	8	9	10	11	11 1/2	12
p. kg	60	47 1/2	37 1/2	35	31	26	19	17 1/2	16 1/2	13	12 1/2
	13	14	15	16	17	18	19	20-29	stärker nach		
	12 1/2	11	10	9 1/2	9	8 1/2	8 1/4	8	Vereinbarung.		

Für Handhammerarbeit wird 1/2 Pfg. pro Kg. mehr bezahlt.

2. Rollenketten.

Stärke mm	5-6 1/2	7	8-14	15-15 1/2	16-17	18	19	20-26	27 u. stärker
p. m	45	50	55	65	75	80	85	9 1/2	9 1/4 für 1 kg
Handhammerarbeit	20-23	24-26	27 mm	und stärker					
Lohn für 1 kg	10 1/2	10	9 1/2						

Für besondere Präzisionsarbeit mit Dorn wird Preisvereinbarung vorbehalten.

Für Ketten von 3. 1-4 mal d wird 1/2 Pfg., über 4 mal d 1 Pfg. pro Kg. weniger bezahlt. Passenbilden und prüfen wird von der Fa. übernommen, evtl. Verringerung wie mit Ausschluß besprochen.

3. Gewöhnliche Handelsketten.

Stärke mm	5 1/2	6	6 1/2	7	8	9-10	stärker nach
Lohn für 1 kg	C Kletter 2 1/2	16	14	12	10	9 1/2	Vereinbarung
" " 1	B Kletter 2 1/2	19	17	15	12	11 1/2	
" " 1	A Kletter 2 1/2	22	20	18	15	14	

Für Wickelglieder kommt 1 Pfg. pro Kg. in Abzug. Gröna i. W., den 29. 6. 12.

**Stempel der Firma.**  
Kollegen, Ketten- und Rollen- und Drehmaschinen! Schon seit Jahren haben die Arbeitgeber mit Ausnahme der Fa. S. Schlieper Sohn, wo die Kollegen unserer Organisation mit 90 Prozent und die Genossen nur mit 10 Prozent in Frage kamen, Abzüge gemacht. Besonders war es die „rote Hochburg“ bei der Fa. Karl Schlieper, wo wir nur mit zwei Kollegen in Frage kommen, welche den Arbeitern mit Abzügen aufwarten durfte. Dieses muß eine Lehre für die Zukunft sein. Sollen die abgeschlossenen Tarife eine praktische Bedeutung haben, dann muß wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft die Organisation ausgebaut und stark erhalten werden. Die Arbeiterschaft wird nun wohl zu der Einsicht gekommen sein, daß ihre Interessen im christlichen Metallarbeiterverband am besten gewahrt und vertreten werden.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugunort.

**Gebelsberg.** Bei der Firma W. Schmidt, Schlossfabrik und Temperierwerk sind die Arbeiter im Streit.

**Düsseldorf-Grevenbroich.** Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Altmühlhoffer ist die Betriebsperre verhängt.

**Wesum.** Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern ferngehalten.

**Werdohl.** Ueber die Firma J. W. Dunker ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer streiken.

**Werdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in Eving ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Herdingen-Raidenhausen.** Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Röhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng ferngehalten.

**Burgsteinfurt.** Ueber die Formerei der Firma W. Drees ist die Betriebsperre verhängt. Zugang fernhalten.

**W. Gladbach.** Bei den Firmen Haubald & Co. und Gebr. Rembold, Eisenblecherei, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Süchteln und W. Gladbach sind gesperrt.

**Nachen.** Bei der Firma Paulus, Bauwerkerei und Maschinenfabrik sind die Arbeiter im Streit.  
**Hagen-Schwelm.** Das hiesige Gebiet ist für Formere und Gießereiarbeiter gesperrt.  
**Mannheim.** Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streit. Zugang ist ferngehalten.

**Augsburg.** Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streit. Zugang ist ferngehalten.

**Düsseldorf.** Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streit: Wöste & Co., Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger und Schlosser. Gebr. Jüden, Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschlosser. Stahlwerk Delling: Gießerei, Modelldrehererei und Maschinenabteilung. Bei der Firma Phönix, Abteilung Eisenstraße, stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streit. Zugang ist ferngehalten.

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. Juli der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Juli fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Hagen i. W.** Wie bereits in Nr. 24 unseres Verbandsorgans angedeutet, sind im hiesigen Bezirk Differenzen ausgebrochen, wegen des Arbeitsnachweises des Arbeitgebervereins Hagen-Schwelm. Unter dem 1. Juni wurde folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverein der Kreise Hagen-Schwelm zu Händen des Herrn Sekretärs Jakob Hagen i. W.

Während der Aussperrung im Jahre 1910 errichtete der Arbeitgeberverein für die Kreise Hagen-Schwelm einen Arbeitsnachweis, um angeblich die Arbeitsvermittlung im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einheitlich zu regeln. Schon damals wurde von Seiten der Arbeiterschaft dieser Einrichtung Mißtrauen entgegengebracht und die Befürchtung ausgesprochen, daß der Arbeitsnachweis in einseitiger Weise ins Leben gerufen worden sei, um mißliebige Arbeiter auszuwählen und um bei Lohnbewegungen den Arbeitgebern Arbeitswillige zu vermitteln. Während der Einigungsverhandlungen und auch in Flugblättern wurde von Seiten der beteiligten Arbeiterorganisationen darauf hingewiesen, daß durch die Errichtung eines einseitigen Arbeitsnachweises die Arbeiter bei Arbeitsnahme einem Zwange unterworfen seien. Um diese Behauptung zu entkräften, schrieb damals der Arbeitgeberverein in einer offiziellen Erklärung folgendes:

1. Es steht nirgends in den Satzungen und ist auch nicht beabsichtigt, daß ein Arbeiter eine ihm vom Arbeitsnachweis nachgewiesene Stelle annehmen muß. Vielmehr bleibt dies vor wie nach sein durchaus freier Wille. Im Gegenteil steht ausdrücklich im § 6 der Satzungen, daß ihm der Arbeitsnachweis beistehen soll, ihm eine nach seinen Wünschen und Fähigkeiten zuzugewiesene Stelle zu vermitteln.
2. Der Nachweis weist die Stelle überhaupt nicht an, sondern er weist sie nur nach, das heißt, er weist dem anfragenden Arbeiter nach, wo er Arbeit finden kann. Er braucht diese durchaus nicht anzunehmen.
3. Paßt dem Arbeiter die ihm angewiesene Stelle, nachdem er sie gesehen hat, nicht, so bekommt er vom Arbeitsnachweis eine andere nachgewiesen.
4. Auf Wunsch oder wenn beim Arbeitsnachweis gerade keine Stellen aus freier Hand zu finden sind, erhält der Arbeiter einen offenen Arbeitsnachweischein, mit dem er selbst eine Stelle ebenfalls vollständig frei auffuchen kann. Nach Ablauf des Scheins kann er, falls erforderlich, anstandslos einen neuen erhalten, auch kann die Gültigkeit nach § 7 Absatz 3 im besonderen Falle bis zu einer Woche verlängert werden.

Dieser Auslegung der Satzungen des Arbeitsnachweises ist von Anfang an zuwidergehandelt worden. Obgleich die von dem Arbeitgeberverein bei der Aussperrung zu Verhandlungen beauftragten Herren auch mißlich versicherten, daß man nicht daran denke, eine Zwangsrichtung a la Mannheim und Hamburg zu lassen, haben die Tatsachen doch bewiesen, daß die damaligen Befürchtungen der Arbeiterschaft durchaus berechtigt waren. Die Erfahrung hat gelehrt, daß den im Jahre 1910 gegebenen Erklärungen und Versprechungen des Arbeitgebervereins gemäß, der Nachweis nicht gehandhabt wird. Er hat sich im Gegenteil zu einer empfindlichen Einschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer entwickelt; was an einer ganzen Anzahl Fälle nachgewiesen werden kann. So wurde in Duxen den Fällen Arbeiter der offene Nachweischein verweigert, wenn dieselben es ablehnten, bei einer bestimmten Firma in Arbeit zu treten. Arbeiter, die in Hagen wohnten, wurden gezwungen, nach Wetter oder Ulfenbörde zu gehen, um dort in einem, von Seiten der Arbeiterorganisationen gesicherten Betrieb in Arbeit zu treten. Weigerten sich diese Leute, auf das Ansuchen des Nachweises einzugehen, so wurde denselben die Arbeitsvermittlung gesperrt. Es ist wohl nicht nötig, Einzelfälle anzuführen, da der Arbeitgeberverein an Gerichtsstelle selbst zugab, daß die Arbeitsvermittlung wie vorstehend geschieht, gehandhabt wurde. In der Klagesache V. gegen den Arbeitsnachweis resp. dessen Leiter, Herrn Jakob, sagte der Prozeßbevollmächtigte des Arbeitgebervereins in bezug auf die Arbeitsvermittlung folgendes:

Der Arbeitsnachweis suche, wenn bei einem seiner Mitglieder ein Streit ausbräche, dieses dadurch zu unterstützen, daß er zunächst nur ihm die sich meidenden Arbeitswilligen solange zumeise, bis sein Bedarf an Arbeitern gedeckt sei. Als der Kläger V. um den Arbeitsnachweischein auf die Firma Kettler nachgesucht habe, habe bei der Firma Tesche, welche gleichfalls Mitglied des beklagten Vereins sei, und bei der der Kläger früher in Arbeit gestanden habe, ein allgemeiner Streit bestanden und die Firma habe infolgedessen Mangel an Arbeitskräften gehabt. Der Arbeitsnachweis habe daher nur entsprechend seinem Prinzip gehandelt, wenn er die Ausstellung des Arbeitsnachweischeins auf die Firma Kettler verweigert habe.

Diese Auffassung verstößt klar gegen die öffentlichen Erklärungen des Arbeitgebervereins im Jahre 1910.

Ferner verwiesen wir darauf, daß das bei der Aussperrung zugewilligte Beschwerderecht der Arbeiter von Seiten des Arbeitgebervereins willkürlich beschmitten wurde. Bei Einlegung der Beschwerdekommission ist durchaus nicht bestimmt worden, daß der einzelne Arbeiter unter allen Umständen seine Beschwerde persönlich anbringen müsse.

Die Unterzeichner nahmen ohne weiteres an, daß sie berechtigt seien, die Beschwerden für ihre Mitglieder auszusprechen, durch das Vorgehen des Arbeitgebervereins ist das Beschwerderecht der Arbeiter autoritätlich geworden.

Vorstehend geschilderte Tatsachen haben zu unhaltbaren Zuständen geführt und Unterzeichnete sind überzeugt, daß im Interesse des sozialen Friedens Remedur geschaffen werden muß. Während der Verhandlungen im Jahre 1910 wurde von Seiten der Herren Arbeitgeber darauf hingewiesen, daß bei eintretenden Differenzen betreffs des Nachweises erneut Verhandlungen gepflogen werden könnten.

Auf Grund dessen sind die Unterzeichneten bereit, mit einer Kommission der Arbeitgeber oder mit dem Vorstand des Arbeitgebervereins zusammenzutreten, um die bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege zu schlichten.

Wir ersuchen höflichst, uns Ihren Entscheid bis zum 10. Juni 1912 zugehen zu lassen.

(Unterzeichneten der Organisationsvertreter.)  
Am 6. Juni erhielten wir folgendes Schreiben zurück:  
An den christlichen Metallarbeiterverband zu Händen des Herrn W. Hagen i. W. Hoch- und Goldbergstraße.

Als Mitunterzeichner des an uns gerichteten Schreibens der Organisationsvertreter vom 1. cr., welches infolge Abwesenheit des Unterzeichneten am 4. cr. in unseren Besitz kam, teilen wir Ihnen zur Bekanntgabe an die übrigen Unterzeichner mit, daß das Schreiben der nächsten Vorstandssitzung zur Erledigung vorgelegt werden wird. Wir kommen alsdann auf dasselbe zurück.

In dem Bestreben, alle einlaufenden Angelegenheiten bestmöglichst zu erledigen, unterlassen wir nicht, darauf hinzuweisen, daß wir uns hierzu keine Termine vorschreiben lassen können.

Hochachtungsvoll  
Arbeitgeber-Verein für die Kreise Hagen und Schwelm  
gez.: Jacobs.

Am 18. Juni traf folgende endgültige Antwort ein:  
An den christlichen Metallarbeiterverband zu Händen des Herrn W. Hagen i. W.

In Verfolg unseres Schreibens vom 6. Juni teilen wir Ihnen folgendes mit:

Vorstand und Ausschuß haben von dem Schreiben vom 1. Juni Kenntnis genommen und festgestellt, daß ein Grund zur Verringerung der Handhabung des von uns gegründeten und geführten Arbeitsnachweises nicht vorliegt.

Der Arbeitsnachweis verfährt genau nach den festgelegten Satzungen und ist bereits bemüht, den Wünschen der Arbeiter weitestmöglich Rechnung zu tragen, so lange nicht ein Angriff der von Ihnen vertretenen Organisationen auf eine unserer Mitgliedsfirmen uns zwingt, zur Abwehr und zum besonderen Schutze der Angegriffenen besondere Maßnahmen zu treffen. Es entspricht das hierzu gebräuchliche Verfahren im Abwehrkampf jedoch genau den in den Verhandlungen unter dem Regierungspräsidenten für solche Fälle ausdrücklich vorbehaltenen Maßnahmen, die in den abschließenden und endgültigen Verhandlungen selbst auch Herr Spiegel als berechtigte Mittel im Kampfe anerkannte. Diese Ansicht des Herrn Spiegel deckt sich genau mit unseren Ansichten und deckt sich auch mit den angeführten Gerichtsurteilen, wonach solche Abwehr eines von den Arbeiterorganisationen geführten Angriffs durchaus im Rahmen der Satzungen liegt und in keiner Weise gegen die guten Sitten verstößt.

Was die Ausführungen über das Beschwerderecht der Arbeiter anbetrifft, so müssen wir Ihnen nachdrücklich erklären, daß darin absolut keine Verringerung Platz gegriffen hat. Der Absatz 3 des Paragraphen 14 „Beschwerden durch Vermittlung Dritter bleiben unberücksichtigt und können eine weitere Arbeitsnachweisung ausschließen“, ist bereits in den allerersten Entwürfen der Satzungen enthalten gewesen und wurde durch die nachträgliche Verringerung des Paragraphen 14 in keiner Weise berührt. Aus diesem Grunde mußte auch eine vom Deutschen Metallarbeiterverband durch Herrn Ernst eingebrachte Beschwerde durch den vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten unparteiischen Vorsitzenden zurückgewiesen werden, während andererseits eine von einem Arbeiter vorgebrachte Beschwerde genau den Satzungen entsprechend zur Erledigung kam.

Nach Vorstehendem waren Vorstand und Ausschuß einstimmig der Ansicht, daß von eingetretenen Differenzen keine Rede sein kann und daß somit keine Veranlassung vorliegt, über die Tätigkeit des Arbeitsnachweises zu verhandeln und eine Verringerung des in jeder Form gewährleisteten Beschwerderechts zu treffen.

Achtungsvoll  
Arbeitgeber-Verein für die Kreise Hagen und Schwelm  
gez.: Jacobs.

Aus diesem letzteren Schreiben geht hervor, daß man nicht verhandeln will. „Von eingetretene Differenzen kann keine Rede sein“. Somit liegt keine Veranlassung vor... zu verhandeln“. Die Antwort ist bezeichnend für den Geist, wie er im Arbeitgeberverein herrscht. Trotzdem die Arbeiter seit Jahr und Tag Klage führen über die ungerechten Maßnahmen des Arbeitgebervereins bei der Arbeitsvermittlung, ist von „Differenzen keine Rede“. Die Arbeiter konnten nicht anders, als die Haltung des Arbeitgebervereins in entsprechender Weise zu beantworten. Es wurde vorgeschlagen, den Nachweis für die gesamten Formere, Kernmacher und Gießereiarbeiter zu sperren. Dem wurde zugestimmt, jedoch mit Anfang Juli der Arbeitsnachweis für die betr. Kollegen gesperrt ist. Es liegt im Interesse der Bewegung, wenn Zugang von auswärtig strengstens ferngehalten wird. Die Arbeiterschaft lehnt es entschieden ab, sich auf die Dauer die einseitige Arbeitsvermittlung gefallen zu lassen. Von der Geschlossenheit der Kollegen wird der Erfolg abhängen. Der weitere Ausbau unseres Verbandes ist daher energisch von unseren Kollegen zu betreiben. Noch stehen manche Arbeiter der Organisation fern, hoffentlich sehen sie endlich ein, wie sehr das Wohl des Arbeiters abhängig ist, von einer kräftigen, zielbewußten Organisation, wie sie unser christlicher Metallarbeiterverband vorstellt.

**Düsseldorf.** Unter der hiesigen Metallarbeiterchaft machte sich im Vorjahre das Bestreben geltend, nach einer Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 57 Stunden ohne Ausfall an Lohn- und Akkordverdienst, Bezahlung von prozentualen Zuschlägen für Überzeitarbeit und wöchentliche des Freitags zu verabsolutende Lösung, der rege Aufschwung der Industrie, die vorwärtsschreitende Technik, das Anspannen des einzelnen Arbeiters bis zur äußersten Kraftentfaltung, rechtfertigte diese Forderungen. Diese Erkenntnis wird auch einen Teil der hiesigen Arbeitgeber veranlaßt haben, nachdem ihnen durch eine Kommission ihrer Arbeiter die Forderungen überreicht waren, auf dieselben einzugehen und sie sofort oder nachdem die Kündigung der Gesamtarbeiterschaft erfolgt war, zu erfüllen. Hierdurch wurden für 42 Betriebe mit 4600 Arbeiter die Forderungen ohne wesentliche Abweichungen bewilligt.

